

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.
Abonnementspreis 1,00 Mark pro
Quartal erst. Bestellgeld. Bestel-
lungen nehmen an alle Post-
anstalten, sowie die Expedition.
Berlin S. 59, Kottbuserdamm 23 I.

Inserate
pro vierpaltige Zeile 30 Pf.
Stellenangebote 20 Pf.; für Ver-
bandsmitglieder 20 Pf., Veramm-
lungsanzeigen 10 Pf. Privat-
anzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 21.

Berlin, den 25. Mai 1907.

23. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Der Jahresbericht ist zu unserem Bedauern etwas später zum Verband gekommen, als die Drucker ihn zu liefern versprach. Wir hoffen aber, daß er bis zum Sonnabend, den 25. Mai, in den Händen aller Bevollmächtigten sein wird.

2. Zugleich mit den Jahresberichten wird für jede Zahlstelle und jeden Gau 1 Exemplar des Allgemeinen Tarifs verhandelt werden. Auch diesbezüglich wollen die Bevollmächtigten reklamieren, wenn sie nicht bis zum 25. d. M. den Tarif erhalten haben.

Der Tarif wird den Zahlstellen nicht in Rechnung gestellt. Derselbe soll der Bibliothek der Zahlstelle oder sonst dem Besitzande der Zahlstellen oder des Gauvorstandes eingefügt werden und dauernd Eigentum des Verbandes bleiben.

3. Nachstehend aufgeführte Mitgliedsbücher bzw. -Karten sind den Inhabern abhanden gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventuellem Vorzeigen einzuziehen und an uns einzuliefern.

Nr. 5 688	ausgestellt für	Wolff Henning
" 6 211	"	" Paula Rakette
" 9 485	"	" Elsa Lehmann
" 10 969	"	" Otto Wandelin
" 13 418	"	" Paul Nüchtern
" 15 208	"	" Luise Voegt
" 16 601	"	" Fritz Jacobs
" 17 491	"	" Wilhelm Larjen
" 18 087	"	" Heinrich Kirchner
" 19 825	"	" Hermann Söllner
" 21 095	"	" Emmy Rebhahn
" 21 267	"	" Gertrud Schönberg
" 23 423	"	" Martha Heinicke
" 35 820	"	" Robert Ehrmann
" 38 675	"	" M. Lohmit
" 44 778	"	" Bernhard Schulz
" 51 546	"	" Wilhelm Fährle
" 57 682	"	" Hermann Parnow
" 58 330	"	" Heinrich Flemming
" 62 122	"	" Minna Butzbach

Der Verbandsvorstand.
S. A.: Roth.

Die Anträge zum Verbandstag.

Einer alten guten Gepflogenheit entsprechend, die berechtigten Wünschen der Mitglieder ihren Ursprung verdankt, unterzieht auch diesmal der Verbandsvorstand die Anträge zum Verbandstag einer Besprechung.

Während zum 9. Verbandstag in Dresden 156 Anträge zum Statut und zu den "Reglements" sowie 54 allgemeine Anträge, also insgesamt 200 Anträge gestellt waren, sind diesmal 132 Anträge zum Statut und den "Bestimmungen" (Reglements) zum Statut eingegangen, während allgemeine Anträge 97 vorliegen, so daß eine Gesamtzahl von 229 Anträgen herauskommt. Auffällig ist die verhältnismäßig hohe Zahl allgemeiner Anträge.

Nun zu den Anträgen selbst. Der Antrag (1) Ludenwalde zu § 1 will den früheren

Namen des Verbandes, den er bis zum Berliner Verbandstag führte, wieder herstellen, was wir nicht empfehlen können, da die Verbände „mit dem langen Namen“ möglichst versuchen, ihren Titel zu verkürzen, anstatt ihn zu verlängern. Warum soll das bei uns anders sein, zumal in der Praxis doch wohl der jetzige Name beibehalten würde und im übrigen im § 1 ausdrücklich festgesetzt worden ist, welche Industriezweige alle zum Deutschen Buchbinderverband gehören. Um dies möglichst vollständig zum Ausdruck zu bringen, schlägt der Verbandsvorstand durch Antrag 2 vor, im § 1 „Luzuspapier“ einzufügen.

Wenn im Antrag 3 hingegen der Vorschlag erfolgt, das Wort „Portefeuille“ zu streichen, so könnte man ja an sich keine Einwände dagegen erheben, wenn nicht das Wort „Ledergalanteriewaren-Industrie“ uns Bedenken einflößte. Denn oftmals wird kaum eine Grenze gezogen werden können zwischen Portefeuille- und Ledergalanteriewaren-Industrie. Die Konsequenz der von Schmidt-Ganau beantragten Streichung könnte daher leicht auch die Auslöschung des Wortes „Ledergalanteriewaren-Industrie“ nach sich ziehen, was übrigens ausdrücklich auf dem letzten Verbandstag der Portefeuillier gemäht wurde. Es wäre zu prüfen, ob dies angängig und wie groß ungefähr die Zahl der bei uns organisierten Portefeuillier- und Ledergalanteriewarenarbeiter ist. Was sonst noch auf jenem Verbandstag ausgeführt wurde, daß z. B. „der Portefeuillierverband gehindert werden sollte, die unorganisierten Vergünstigten zu organisieren“, entspricht keineswegs den Tatsachen. Wir sowohl als auch Delegierte zu unserem Verbandstag werden jedenfalls dort Gelegenheit nehmen, die vorgekommenen „Grenzstreitigkeiten“, die übrigens unerheblicher Natur waren, klar zu stellen.

So freundlich man auch den Bestrebungen zu einem möglichen Zusammenschluß der graphischen Organisationen gegenübersteht, mag, so dürfte doch wohl die Betonung einer solchen Tendenz im § 2 des Statuts, wie es der Antrag Hamburg will, nicht recht angebracht sein. Eine entsprechende Resolution des Verbandstages dürfte sogar wirkungsvoller sein. Der Antrag 5 Ludenwalde wäre nur dann zu befürworten, wenn der Verbandstag summarisch eine Erwerbslosenunterstützung beschließen würde, was kaum anzunehmen ist.

Den Antrag 6 halten wir für eine wertvolle Bereicherung des Statuts, da es durchaus nicht notwendig ist, daß schon im § 2 spezielle Angaben darüber enthalten sind, welche Mitglieder diese oder jene Unterstützungen erhalten. Wird übrigens Krankenunterstützung auch für männliche Mitglieder eingeführt, dann ist der Antrag so wie so hinfällig.

Von großer Tragweite ist der Antrag 7 besonders in finanzieller Hinsicht, ganz gleich, ob noch neben der „Buchbinder-Zeitung“ an weibliche Mitglieder die „Gleichheit“ geliefert werden soll oder letztere Zeitschrift allein. Bei 8621 weiblichen Mitgliedern, die wir Ende 1906 zu verzeichnen hatten, macht das im

ersten Falle eine Mehrausgabe von 7840 Mk. pro Jahr aus, da die „Gleichheit“ 14tägig erscheint und beim Großbezug pro 1000 Nummern 35 Mk. kostet. Daß an und für sich die „Gleichheit“ eine gut redigierte Zeitschrift ist und für weibliche Mitglieder eine aufklärende und fesselnde Lektüre bildet, ist unbestreitbar und es könnte daher erwogen werden, ob wir sie an die Kolleginnen anstatt der „Buchbinder-Zeitung“ liefern wollen. Aber auch das würde fast dieselbe Mehrausgabe erfordern. Die „Buchbinder-Zeitung“ kostete im Jahre 1906 bei einer durchschnittlichen Auflage von 19 970 Exemplaren pro Nummer 2,25 Pf., folglich macht die Mehrausgabe für die „Gleichheit“ rund 2800 Mk. aus. Sinkt nun durch den Abgang der weiblichen Abonnenten die Auflage der „Buchbinder-Zeitung“ auf zirka 12 500 Exemplare herab, so steigt der Preis pro Nummer mindestens auf 3 Pf., gleich einer Zahreshumme von 4875 Mk. und zusammen mit obigen 2800 Mk. 7675 Mk. Der finanzielle Effekt ist also fast in beiden Fällen derselbe und solche Summen, wie sie in Betracht kommen, dürfen natürlich nicht bei der Beratung des Antrages außer Anschlag gebracht werden.

Die im Antrag 8 vorgeschlagene Erhöhung des Einschreibegeldes für weibliche Mitglieder auf 25 Pf. ist ohne Zweifel gerechtfertigt. Dem Antrag 9 könnte man wohl zustimmen, ob dies aber bei eventueller Einführung von Staffelleistungen noch angängig ist, möchten wir in Abrede stellen, da der Zeitaufwand und die Kosten bei Ausstellung von Mitgliedskarten bzw. -büchern für alle Beitragsklassen sich gleich bleiben. Aus vorstehend angeführten Gründen stehen wir dem Antrag 10 ablehnend gegenüber, während wir den Antrag 11 in Rücksicht auf die hohe Zahl der verloren gegangenen Mitgliedsbücher und -karten und den großen Zeitaufwand bei Ausstellung von Ersatzbüchern gestellt haben. Um den Mitgliedern hiervon einen Begriff zu geben, wollen wir anfügen, daß, wenn z. B. ein Mitglied im Jahre 1901 eingetreten ist und ein Ersatzbuch verlangt, wir alle Quartalsabrechnungen seit dieser Zeit durchzusehen und aus ihnen die geleisteten Beiträge festzustellen haben. Gleichfalls müssen die Unterstützungsbelege einer Durchsicht unterworfen werden. Im schlimmsten Falle haben wir sogar alle Quartalsabrechnungen bis 1893 zurück durchzusehen. Daß eine solche Arbeit mit 50 Pf., ja mit 1 Mk. nicht im entferntesten bezahlt ist, wird ohne längere Beweisführung jedem einleuchten. Der Antrag 12 sollte deswegen glatt abgelehnt werden. Wenn gerade München diesen Antrag gestellt hat, so hätte man ihn von dort um so weniger erwarten sollen, als wir erst am Anfang dieses Jahres 20 Mitgliedsbücher und -karten auf dringendes Ersuchen der dortigen Ortsverwaltung unentgeltlich ausstellten, weil sie angeblich einem Vertrauensmann gefehlen sein sollten. Kaum hatten wir sie fortgeschickt, da kam die Mitteilung, daß sie von dem Restaurateur, bei dem sie liegen gelassen worden waren, zugesandt worden seien!

Die inhaltschwersten Anträge sind immer die auf die Beiträge bezüglichen, da von ihnen

nicht nur die Ausgestaltung aller Unterstützungs-einrichtungen abhängig ist, sondern zum guten Teil auch der Einfluß des Verbandes auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse unseres Berufes; was besonders einleuchtend uns durch die großen Kämpfe im verflochtenen Jahre vor Augen geführt wurde. Auffallend ist die große Zahl der auf Staffelbeiträgen basierenden Anträge — von 14 überhaupt sind es nicht weniger als 8. Wohl ein Beweis dafür, wie das Prinzip der Staffelbeiträge, trotz der verwaltungs- und kassentechnischen Schwierigkeiten, welches dies System mit sich bringt, siegreich weitere Kreise erobert hat. Von dem zweifelhafte Einheitsbeitrag — für männliche und weibliche Mitglieder — abzuziehen, ist dem Verbandsvorstand nicht leicht geworden, weil er vielleicht mehr wie jedes andere Mitglied die Vorteile eines einheitlichen Beitrages zu würdigen weiß. Andererseits mußte er sich aber auch sagen, daß bei den unendlich verschiedenen gelagerten Verdienstverhältnissen eine gewisse Beitragshöhe nicht überschritten werden dürfe, wollte man nicht die Gewinnung neuer Mitglieder dort erschweren, wo rüchständige, niedrige Entlohnung vorherrschend ist. Wir halten unter den obwaltenden Verhältnissen bei der Festhaltung am Einheitsbeitrag einen Wochenbeitrag von 50 Pf. für männliche Mitglieder für die Höchstgrenze und bei einem solchen Beitrag die Einführung neuer Unterstützungs-zweige, ja selbst die Erhöhung der bestehenden Unterstützungsätze für ausgeschlossen; wenn wir wenigstens einer vernünftigen Finanzpolitik huldigen und auch ferner den Hauptzweck unseres Verbandes: Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, als solchen gelten lassen wollen. Da nun aber die Ausdehnung der Krankenunterstützung auf die männlichen Mitglieder den Wünschen der Mehrzahl unserer Mitglieder zu entsprechen scheint und außerdem die Invalidentunterstützung zahlreiche Befürworter gefunden hat, womit selbstverständlich Beitragserhöhungen verbunden sind, so mußten wir uns zum Staffelbeitrag entschließen, wie wir ihn im Antrag 13 zum Vorschlag bringen. Wird Invalidentunterstützung durch den Verbandstag beschlossen, so erhöht sich unser Antrag für die 4. Beitragsklasse um 15 Pf. Wir haben die Beitragsklassen obligatorisch nach Verdienstklassen festgesetzt, wie auch die übrigen Anträge betr. Staffelbeitrag solche Ordnung vorsehen. Den 15 Pf.-Beitrag denken wir uns hauptsächlich für jugendliche Arbeiterinnen und erwarten sowohl von den Funktionären stetige Aufmerksamkeit an die Mitglieder, den höheren Beitragsklassen beizutreten, als auch die wachsende Einsicht bei den Mitgliedern, daß der gewerkschaftliche Grundsatz: hohe Beiträge, hohe Leistungen, nach wie vor maßgebend bleibt und für sie selbst eine Beachtung desselben von Vorteil ist. Dementsprechend haben wir auch unsere Anträge betr. Unterstützungen aus-gestaltet, worauf wir noch an geeigneter Stelle zurückkommen werden.

Mit diesen unseren Ausführungen erübrigt sich auch ein näheres Eingehen auf die dieselbe Materie behandelnden Anträge 14, 18, 19, 20, 21, 22 und 23, da wir uns sonst nur in Wiederholungen ergehen müßten. Die Anträge 16 und 17 halten an dem Einheitsbeitrag fest, überschreiten aber bereits die Grenze, welche wir für einen Einheitsbeitrag angaben. Ob selbst in Berlin ein Beitrag von 60 Pf. uns nicht agitatorisch behindern würde, besonders in den letzten Nebenbranchen, möchten wir zu bedenken geben, da ein Lokalbeitrag außer diesem nicht zu umgehen sein wird und somit ein Gesamtbeitrag von 70—75 Pf. herauskommen dürfte. Wenn wir uns hierin täuschen sollten, so wären wir darüber nicht böse, da es an sich nur zu begrüßen ist, wenn Berlin, welches in früheren Jahren immer für niedrige Beiträge eintrat, sich zu einer besseren Ansicht bekehrt hat.

Mit dem Ersatz bzw. der Anrechnung verlorener Beitragsmarken befassen sich die Anträge 27 und 28, die wir aber nicht zur Annahme empfehlen können. Es muß im Prinzip

daran festgehalten werden, daß Beitragsmarken Wertobjekte sind, vor deren Verlust man sich zu schützen hat und auch schützen kann. Gewiß ist es bedauerlich, wenn jemand etwas verliert, aber im Interesse einer gewissenhaften Kassenzüchtung wird ohne Zweifel die Aufrechterhaltung des jetzigen Zustandes sein, wenn nicht eingelieferte Marken als nicht bezahlte gelten. Bei „außergewöhnlichen Vorkommnissen“ hat der Verbandsvorstand aber auch jetzt schon verlorene oder sonst abhanden gekommene Beitragsmarken als bezahlt gerechnet oder auf sonstige Art solche Fälle erledigt. Man wolle aber dabei nicht übersehen, daß auch Marken unter Umständen verloren gingen, wo man nicht nur von einer gewöhnlichen, sondern von einer außergewöhnlichen Sorglosigkeit reden konnte.

Die Anträge 29 und 30 bezwecken die Beitragszahlung auch während der Zeit des Wegzugs von Unterstützungen einzuführen, was bei uns bisher nicht der Fall war, aber in manchen Verbänden bereits geschehen ist. Der Antrag des Verbandsvorstandes sieht nur geringe Beiträge vor, während der Antrag Dresden den vollen regelmäßigen Beitrag fordert. Wir wollen es dem Verbandstag überlassen, sich für den besseren Antrag zu entscheiden.

Bezüglich des Antrags 31 sind die Meinungen geteilt. Während die einen meinen, der Besuch einer Fachschule trüge zur technischen Ausbildung der Kollegen bei und derartige Bildungsbestrebungen müßten von uns unterstützt werden, wie wir das auch vom Staate und von der Gemeinde verlangen, geben die anderen zwar dies auch zu, meinen aber, wer die Mittel zum Besuche von Fachschulen besitze, müsse auch soviel übrig haben, als zum Bezahlen der Beitragsbeiträge nötig sei. Der Metallarbeiterverband und der Senefelderbund (Sithographen und Steindruck) entbinden ihre Mitglieder von der Beitragszahlung während des Besuchs von Fachschulen. Vielleicht könnte bei uns der „Pflichtbeitrag“ in Anwendung kommen.

Mit dem Antrag 32 soll der irrigen Anschauung einzelner Kassierer und Beikassierer eine Schranke gesetzt werden, als ob von den Extrabeiträgen 15 Proz. für die Lokalkasse abgezogen werden dürften. Seine Annahme durch den Verbandstag kann als gesichert gelten. Ebenso Antrag 33, da nur noch verschentlich der zur Streichung vorgeschlagene Absatz im Statut stehen geblieben ist.

Durch den Antrag 35 will der Verbandsvorstand eine Härte mildern und die Mitglieder vor dem gänzlichen Verlust erworbener Rechte bewahren, wenn sie An- und Abmeldungen nicht in der vorgeschriebenen Zeit bewirkt haben. Ganz ohne Sühne darf eine solche Nachlässigkeit nicht hingehen, soll nicht jede Ordnung aufhören; daher wird eine Entziehung der Unterstützung bis zur Dauer eines Jahres angemessen sein.

Der Antrag 35 will in seinem ersten Teil dem leidigen Restantenwesen zu Leibe gehen und im zweiten Teil dem Verbandsvorstand daselbe Recht gewähren, was jedem Bevollmächtigten jetzt zusteht. Denn nach dem Wortlaut des jetzigen Statuts kann der Ausschluß eines Mitgliedes eigentlich nur auf Antrag eines Bevollmächtigten geschehen, während der Verbandsvorstand wohl das Recht zum Ausschluß besitzt, aber zweifelhaft nicht ohne den bezüglichen Antrag eines Bevollmächtigten. Das kann wohl kaum im Sinne des Statuts und im Willen der Verbandsmitglieder liegen, denn es sind sehr wohl Möglichkeiten denkbar, wo sich Bevollmächtigte beharrlich weigern, den Anordnungen des Verbandsvorstandes nachzukommen, und in solchen Fällen müssen auch dem Verbandsvorstand Disziplinar-mittel zur Verfügung stehen. Da aber bei allen Verfehlungen gegen den § 15b ein Ausschluß nicht angebracht ist, sondern eine mildere Strafe genügt wird, so soll dem Verbandsvorstand die Befugnis zur Erteilung einer Müge statutarisch zuerkannt werden. Vielleicht wäre es angebracht, auch gleich dem Verbandsvorstand das Recht zuzuerkennen, solchen Mitgliedern, die sich in schmerzlicher Weise gegen § 15b vergangen haben, das Recht auf Bekleidung eines Vertrauens-

amtes bis zur Dauer eines Jahres abzusperrchen. Wir wollen nochmals ausdrücklich betonen, daß es sich hierbei um eine Milderung des bisherigen Zustandes handelt, der dem Verbandsvorstand nur das drakonische Mittel des Ausschlusses in die Hand gab. Die Anträge 36 und 37 sind vielleicht abgeprägt, wenn sie ungefähr in folgender Weise abgeändert würden: „Der Ausschluß eines Mitgliedes kann auf Antrag einer Zahlstellen- oder Gauverwaltung oder eines nach § 46 vom Verbandsvorstand ernannten Bevollmächtigten erfolgen, wenn“ usw. Daß trotz dieses vorgezeichneten Wortlauts auch Mitgliederversammlungen einer Zahlstelle das Recht der Antragstellung auf Ausschluß von Mitgliedern besitzen, ist nicht zu bestreiten, da sie die Zahlstellenbevollmächtigten damit beauftragen können und bei Nichtausführung eines solchen Beschlusses sich beschwerdeführend an den Verbandsvorstand wenden können. In Konsequenz unserer Ausführungen zum Antrag 35 empfehlen wir auch den Antrag Berlin, Nr. 38, zur Annahme, wie umgekehrt die Befürworter des letztgenannten Antrages logischerweise für den Antrag 35 eintreten müssen.

Zum Verbandstag.

Zu alt!

Leider hat es der Verlauf unserer vor-jährigen Bewegung mit sich gebracht, daß verschiedene alte Kollegen auf der Strecke geblieben sind, denen es bei größtem Eifer, wieder Arbeit zu erlangen, doch unmöglich ist, wieder in eine einigermaßen annehmbare Stellung zu kommen. Mit vieler Mühe kann es solchen alten Leuten gelingen, da und dort ein kurze Zeit dauerndes mehr oder minder schlecht bezahltes Ausschüßgeschäft zu erlangen, und der Betreffende stellt dann wieder in der gleichen Lage wie einige Wochen zuvor. Es darf wohl geglaubt werden, daß dies für einen bejahrten Kollegen kein angenehmer Zustand ist, denn in jedem Geschäft sind andere Methoden, andere Arbeiten, andere Einrichtungen, und der alte arme Kopf kommt aus dem Lernen und Denken nicht heraus, obwohl gerade für solche Kollegen ein stabiles, ruhiges Geschäft am notwendigsten wäre. Angenehm sind die Empfindungen auch nicht, wenn ein solcher Kollege in der Lage ist und die Berechtigung dazu hat, darüber nach-zudenken, daß er ein ganzes Menschenalter hindurch nach besten Kräften für seine und seiner Kollegen und Kolleginnen materielle Besserstellung gekämpft, die bei einem solchen Kampfe beinahe unvermeidlichen Opfer gebracht und nun nach Schluß dieses Kampfes auf der Straße liegt und froh sein muß, um niedrigen Lohn eine Ausschüßstelle zu erlangen. Es ist ja richtig, daß jeder Kämpfer die Konsequenzen des Kampfes zu ziehen hat, aber der schwer Bemühte ist deshalb doch im höchsten Grade zu bedauern und sind demselben gewiß alle möglichen Mittel und auch das größte Mitleid zuzuwenden, indem für denselben ja auch nicht alle Lebenspflichten aufgehört haben und er weiter ringen muß, um nicht ganz dem Glend und der Bergessenheit anheimzufallen. Wie drückend ist nur das Bewußtsein, sich von seinen Kindern, wenn diese es können oder wenn welche vorhanden sind, ernähren lassen zu müssen, und es gehört schon viel guter Humor und leichte Lebensauffassung dazu, in solchen Verhältnissen den Kopf oben zu behalten. Man muß ferner selbst schon in der Lage gewesen sein, um begreifen zu können, wie niederdrückend es für einen Arbeiter ist, in heutiger Zeit mit grauem Haupt von Werkstatt zu Werkstatt zu wandern, überall bei der Frage nach dem Alter ein bedauerndes, auch manchmal höhnisches „Aut mir leid!“ hören zu müssen. Leider verhalten sich auch nicht alle Kollegen in dieser schnell vergehenden Zeit gegen solche Alte so wie es sein sollte und auch sein könnte. Es wird wohl zum Ueberdruß die Frage gestellt: „Nun, wie geht's?“, aber damit ist auch die ganze Teilnahme und die ganze Tätigkeit der Meister erschöpft, denn der moderne Arbeiter, ob er nun Werk-

führer, Vorarbeiter oder gewöhnlicher Arbeiter ist, hat schon persönlich kein Interesse daran, einen alten Kollegen bei oder neben sich zu haben, denn es wird ja auf Akford gearbeitet, und deshalb kann er so gut wie der Prinzipal nur einen jüngeren, im höchsten Grade leistungsfähigen Mitarbeiter brauchen. Auf diese Art sind dem ergrauten Kollegen alle Türen verschlossen und bei allem Idealismus beschleicht ihn eine Bitterkeit, die wohl nicht ganz unberechtigt ist.

Die Organisation, der Verband und die Zahlstelle haben die Kollegen solange und so reichlich unterstützt, als es die Statuten und die Verhältnisse gestatteten, damit ist auch hier der Pflicht Genüge getan, und das Vereinsleben rollt weiter, den arbeits- und mittellosen Kollegen in das Grab der Vergessenheit versenkend.

Die Kollegen der Gegenwart, hauptsächlich die jüngeren, sollten sich mit aller Kraft jold alter Kollegen annehmen, denn die Alten wissen noch aus eigener Erfahrung, wie die Lage des Arbeiters in jener Zeit war, als noch kein Klassenbewußtsein den Arbeiterstand belebte, wie sich aber mit dem Erstehen und Erstarken der Arbeiterorganisationen die Verhältnisse in bezug auf Arbeitszeit und Höhe des Lohnes gebessert haben. Wissen sie doch, daß noch vor 30—40 Jahren bei 13—14stündiger Arbeitszeit bei Kost und Logis (sehr oft ganz miserabel) man mit 3 Mk. recht zufrieden sein mußte, wie mit Hilfe der Vereinigungen der Arbeiter auch in politischer Beziehung eine Bedeutung erlangt wurde, an die früher nie zu denken war.

Gegenwärtig beherrscht unseren Verband die Frage: Invaliden oder Krankenunterstützung? Schreiber dieses ist unbedingt für Invalidenunterstützung, wenn er selbst auch keinen Anteil mehr daran nehmen kann, aber es wäre ihm ein tröstlicher Gedanke, noch am Abend seiner organisatorischen Tätigkeit sehen zu können, daß wenigstens ein Teil der Kollegen mit mehr Zutrauen in die Zukunft blicken kann als bisher, denn ein alter, arbeitsloser Kollege hat nicht mehr weit bis zur Invalidität; Kummer und Sorge können jede Gesundheit untergraben, und ich wünsche, es möge zur Einführung der Invalidenversicherung kommen. Die Bedenken gegen diese Art der Versicherung kennt Einjender genau, aber hier liegt es an den jüngeren Kollegen, zu zeigen, daß sie die Arbeit der Alten nicht vergessen und bereit sind, in dieser Form denselben einen Tribut der Dankbarkeit darzubringen. N. Sch.

Der Verbandstag naht und mit ihm füllt sich unsere Fachzeitung mit den verschiedensten Ansichten über die Aufgaben, die diesem erwachsen. In Wirklichkeit ist die Verschiedenheit der Ansichten für die Allgemeinheit nur befruchtend, denn oftmals liegen die besten Beschlüsse in der Mitte. Aus diesem Grunde kann ich mich auch über die Ansichten des Kollegen Geise-Duisburg nicht so aufregen, obwohl ich ihm ebenfalls befehligen muß, daß er tüchtig übers Ziel geschossen hat. Mit manch einem schönen Wort ist ein kolossaler Mißbrauch getrieben worden, manches schöne Wort hat man geradezu zu einem Gemeinplatz erniedrigt. So auch das Wort „Kampfsorganisationsion“. Ein jeder Kollege wird wohl die Ueberzeugung haben, daß unser Verband in erster Linie eine Kampforganisation sein muß. Schon bei unzähligen Versammlungen, bei Demonstrationen hat die Arbeiterschaft die alte Revolutionsdevise „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ auf ihr Schild erhoben. Wenn dieses nun recht ist, so kann ich nicht begreifen, wie die Betätigung der Brüderlichkeit den Kampfscharakter beeinträchtigen soll. Es ist im Gegenteil eine Betätigung der Brüderlichkeit, der gegenseitigen Unterstützung der notleidenden Kollegen und Kolleginnen sehr von Bedeutung; ein jeder neue Unterstützungsweig stärkt den Kampfscharakter unserer Organisationen. Wer das bezweifelt, der blicke nur einmal auf den heldenmütigen Kampf, den der Deutsche Gewerkschaftsbund gegen ein starkes Kapital, gegen den

Gewaltakt der Regierung und gegen Verräter im eigenen Lager zu führen hatte. Ich meine, die alte abgedroschene Phrase, daß Unterstützungsorganisationen den Kampfstandpunkt der Gewerkschaften beeinträchtigen, müßte verstimmen. Die Unterstützungspflicht der Kranken und Invaliden liege aufseiten der Regierung. Diese Einrede ist billiger wie Brombeeren. Wer da glaubt, daß das heutige Massenparlament in dieser Beziehung eine Pflicht erfüllt, der ist mit einer sehr lebhaften Phantasie versehen, die keineswegs auf sozialistischer Ueberzeugung basiert. Der heutige Massenstaat hat wohl ein Interesse, Millionäre zu züchten und den Militarismus, den man als den endlichen Zwinger des Mieses Proletariat sich denkt, bis zum äußersten auszubauen, aber hinsichtlich der jämmerlichen Sozialreform ist man der Meinung, daß hier gebremst werden müßte. Hilf Dir selber, so hilf Dir Gott! Aus eigener Erfahrung heraus weiß ich auch, daß die Meinung des Kollegen Geise gerade in seiner Gegend nicht von Vorteil für den Verband sein kann. Gerade am Niederrhein hat in unserem Verband die Ueberneutralität seine besten Anhänger. Ich weiß zum Beispiel, daß bei Gelegenheit einer Besprechung, daß ein Vertrauensmann Mitglied des evangelischen Männervereins sei, der Vorsitzende der Zahlstelle Duisburg-Nußhört mir erklärte, daß die Sozialdemokratie die Gewerkschaften kaputt mache. Ein Extrem ist nicht mit entgegengesetztem Extrem aus der Welt zu schaffen. Und wenn so widerstreitende Ideen zutage treten, muß eine Zahlstelle darunter leiden. Wenn der einzelne in seiner Organisation einen starken Rückhalt gefunden hat, wenn er weiß, daß der Verband möglichst in allen Nöten des Lebens ein treusorgender Freund ist, dann wird die Anhänglichkeit an die Organisation eine größere. Die Unterstützungsorganisationen im Verbands stärken die Widerstandsfähigkeit des einzelnen und demzufolge ist es ganz logisch, daß dadurch der Mitgliederflucht gesteuert und die Macht der Organisation gestärkt wird. Not bricht Eisen, und demzufolge auch oft das Ehrgefühl des einzelnen. Manches ein braver und ehrlicher Arbeiter wurde durch die Not, nur durch bittere Not zum Dieb und Verbrecher — nach Ansicht der heute herrschenden Gesellschaftsklasse — er sank von Stufe zu Stufe, er wurde zum Verräter seiner eigenen Klassengenossen, zum Streikbrecher. Und darum ist es zu begrüßen, wenn das Unterstützungssystem im Gewerkschaftsleben ausgebaut und erweitert wird. Ja, es wäre zu wünschen, wenn die Arbeiterschaft sich an einen hohen Gewerkschaftsbeitrag gewöhnen würde, damit in der Gewerkschaft auf diesem Gebiet das denkbar Höchste geleistet werden könnte. Der Arbeiter, soweit er verheiratet, ist gezwungen, einer Reihe von Klassen anzugehören, um sich vor Zeiten der Not zu versichern. Er könnte dann manche Klasse abstoßen, und ich glaube, daß dieses nicht zum Schaden seines Budgets ausfallen würde. Unser Verband hat ja auch trotz oft sehr heftiger Opposition in diesem Fahrwasser geschwommen. Je höher wir das Unterstützungssystem ausgebaut haben, desto gekräftigter wurde unsere Organisation. Es ist daher nur zu begrüßen, daß für den kommenden Verbandstag auch diese Frage wiederum zur Diskussion steht.

Im Einklang mit den Beschlüssen des Verbandstages zu Dresden ist der Verbandsvorstand an die Mitglieder mit einer Vorlage für die Einführung einer Invalidenunterstützung getreten. Eine Urabstimmung hat über die Vorlage entschieden und es ist wohl ganz in der Ordnung, wenn auch gegnerische Ansichten sich hören lassen. Es muß unbedingt anerkannt werden, daß der Gedanke, die Invaliden und im Kampfe ums Dasein alt gewordenen Mitglieder des Verbandes zu unterstützen, ein schöner ist, und aus diesem Grunde kann auch ich im Prinzip mich für eine derartige Vorlage erklären. Anders liegt aber die Frage, wenn wir die Vorlage aus taktischen Gründen behandeln. Die Invalidenunterstützung ist nur von solchen Gewerkschaften eingeführt worden, welche gut

fundiert sind. Diese Unterstützung stellt an die Kollegenschaft einen hohen Grad von Solidarität, da an und für sich ja wenige in den Genuss dieser Unterstützung kommen. Auch die finanzielle Seite muß hervorgehoben und dabei gesagt werden, daß die Invalidenunterstützung bedeutende Opfer fordert. Ich will nun durchaus den Opfermut der Kollegenschaft nicht anzweifeln, um so mehr, als ja auch die Einführung eine fakultative sein soll. Bezweifelt jedoch muß werden, und darauf verweist ja auch der Verbandsfasser in der Begründung, daß der vorerst projektierte 15 Pf.-Erxarbeitrag nicht ausreichend sein wird, da sich schließlich auch die Zahl der Invaliden höher als in der Vorlage stellen wird. Die Invalidenunterstützung ist bisher immer als die letzte Unterstützung, gewissermaßen als der Schlussstein des Unterstützungsbauwerks eingeführt worden. Darum bin ich der Meinung, daß, bevor wir in unseren Verband den Schlussstein einsetzen, wir einen sonst vollständig fertigen Bau haben müssen. Kurzum, ich denke, daß die Einführung einer Krankenunterstützung vorangehen muß. Die Vorstufe zur Invalidität sind die Zeiten der Krankheit. Die ständig steigenden Anforderungen an die Ernährung und Erhaltung einer Familie hindern schon bei den verhältnismäßig höchsten Löhnen die Zurücklegung eines Notpfennigs. Die Ärzte, die Ursachen der Arbeiterkrankheit wohl erkennen, ordnen kräftige Nahrung an und empfehlen den Kranken auch oft, sich gesunde Wohnungen zu mieten. Wenn man den Gedanken einer Invalidenunterstützung erwägt, muß man zunächst das Invalidenwerden bekämpfen, und das ist selbstverständlich neben der Verkürzung der Arbeitszeit und Erhöhung des Lohnes die Unterstützung in Krankheitsfällen dringend notwendig. Jedenfalls werden die Anhänger der Zentralkasse nun auf diese gut fundierte Kasse hinweisen. Wenn wir aber die Tendenz der Gesetzgebung verfolgen, so werden wir die Wahrnehmung machen, daß die Existenz der freien Hilfskassen erschwert wird und für die Zukunft auf dem Spiele steht. Die Hilfskassen werden den Weg gehen müssen, der von so vielen eingeleisteten Klassenmenschen energisch bekämpft wurde, sie werden sich in Zuschußkassen umwandeln müssen. Wenn wir nun damit rechnen müssen, so liegt es im Interesse des Verbandes, sich dieses wichtigen Agitationsmittels nicht zu entfagen und innerhalb des Verbandes die Zuschußkasse zu schaffen. Die schon oft diskutierte Verschmelzung wird wohl auf unüberwindbare Schwierigkeiten stoßen, und wenn möglich sind die Vorgänge, welche innerhalb der Organisation der Lithographen und Steindrucker anlässlich der Verschmelzung sich abspielten, nicht gerade ermutigend. Es ist ja schließlich möglich, aus diesen Vorgängen zu lernen, aber ich meine, die Einrichtung einer Verbandszuschußkasse könnte eine Verschmelzung ja schließlich nur fördern. Die Buchbinder-Zentralkassenkasse wird etwa 9500 Mitglieder haben, davon sind mindestens 2000 Mitglieder des Portefeuilerverbandes und ebensoviel aus dem Beruf ausgeschiedene; so sollen es allein in Leipzig etwa 400 ausgeschiedene Mitglieder sein. Rechnen wir noch — im glücklichen Falle — 1000 Indifferenten und Christliche, so würden auf die Verbandsmitglieder etwa 4500 entfallen. Ohne eine Vereinbarung mit der Portefeuilerverband- oder eventuell der Sattler- und Portefeuilerverbandorganisation, die ja in absehbarer Zeit zur Tatsache werden wird, wird überhaupt von Vorneherein der Verschmelzungsgedanke unmöglich sein.

Es gibt aber auch noch andere Gesichtspunkte, welche gegen die freien Hilfskassen sprechen. Der Verkehr mit Indifferenten wirkt oft nachteilig auf die Gefinnung der Verbandsmitglieder ein, außerdem widersprechen die Einrichtungen in den Hilfskassen ganz und gar dem sozialen und humanen Geist der Arbeiterbewegung. Wie auf allen Gebieten die Arbeiterschaft die Zentralisation anstrebt, so sollte sie es auch auf dem Gebiete der Krankenversicherung tun. Die Zersplitterung der Krankenversicherung, die wir auf politischem Gebiet be-

kämpfen, müssen wir vor allen Dingen auch in unseren Reihen bekämpfen. Wir müssen unsere Kraft zur Entfaltung der Ortskrankenkassen einsetzen; sie allein sind der Kernpunkt der Krankenversicherung. Obwohl bald in allen Berufen freie Hilfskassen bestehen, hat sich doch die Einführung der Krankenversicherung als ein nicht zu unterschätzendes Werbemittel bewährt. Auch unserem Verbands wird die Einführung einer Krankenkasse zum Vorteil gereichen. Wenn wir aus diesen Verhältnissen heraus die Berechtigung einer Krankenunterstützung anerkennen, dann wird es notwendig sein, den einschlagenden Weg zu finden. Die Einführung einer Erwerbslosenunterstützung ist nicht zu empfehlen, da diese den regulären Beitrag zu sehr belasten würde. Ganz wie der Verbandsvorstand in bezug auf die Invalidentät die fakultative Einführung empfiehlt, so ist auch in bezug auf die Krankenversicherung dieser Weg zu empfehlen. Es würden durch eine freiwillige Krankenversicherung sicher Differenzen vermieden werden und andererseits würden wir in der Lage sein, gleich von Anfang eine völlig genügende Zuschußkasse zu schaffen. Wenn hierzu nun in einigen Jahren eine Invalidentät käme, dann habe ich die feste Ueberzeugung, daß diese Unterstützungen sich selbst dermaßen empfehlen, daß der Verband wohl zum Obligatorium übergehen könnte und erst dann wird, wenn die Aufgabe der Mitgliedschaft einem Vermögensverlust gleich zu achten ist, die Fluktuation aufhören.

Für die Arbeiterinnen wäre vorläufig eine Erwerbslosenunterstützung zu empfehlen. Wir würden auch auf diesem Wege dem Idealgedanken eines graphischen Industrieverbandes näher kommen.

Der Staffelbeitrag ist ja von verschiedenen Kollegen bekämpft worden. Ein Artikelschreiber meinte sogar, daß wir bei der Festlegung der Staffel auch die Verheirateten berücksichtigen müßten. Unzweifelhaft steckt hierin ein Körnchen Wahrheit, aber der betreffende Kollege muß auch mit in Betracht ziehen, daß der Verheiratete erstens bei jeder Art Unterstützung eine höhere benötigt als der Ledige und zweitens, daß der Verheiratete mit 27 Mk. z. B. doch zweifellos etwas besser gestellt ist als ein solcher mit 18 Mk., die es ja leider noch in großer Anzahl gibt. In der Kartonnagen-Industrie sind z. B. auch neben den Zuschneidern und gelernten Tischarbeitern eine hohe Anzahl jugendliche und auch ältere Hilfsarbeiter beschäftigt, deren Lohn sich wenig über die Löhne der Arbeiterinnen erhebt, ja oft noch darunter sich bewegt. Wollen wir darum in diesen Arbeiterschichten festen Fuß fassen, so benötigen wir einen Staffelbeitrag. Im entgegengesetzten Fall gibt es in der Großbuchbinderei einen großen Teil Kolleginnen, die Löhne verdienen, welche Gehülfenlöhnen gleich kommen. Wollen wir ein gerechtes Beitragsprinzip haben, dann dürfen wir die Staffeln nicht nach dem Geschlecht der Mitglieder, sondern nach den Minimallöhnen festlegen. Deshalb ist der Antrag, Frankfurt-Offenbach zu empfehlen, der bei Löhnen unter 17 Mk. 25 Pf., bei Löhnen von 17—24 Mk. 45 Pf. und über 24 Mk. 60 Pf. festsetzt. Da bei den männlichen Arbeitern in den Tarifstädten sowie in einer Anzahl weiterer Städte sich der Minimallohn über 24 Mk. erhebt, außerdem, wie schon angeführt, in den Tarifstädten eine große Anzahl Arbeiterinnen über 17 Mk. verdienen und die Zahl der organisierten Kollegen, die unter 17 Mk. verdienen keine so erhebliche sein wird, so würde auch die Verbandskasse die notwendige Stärkung erfahren.

Wie es den Anschein hat, ist in bezug auf die Agitation der Verbandsvorstand mehr für Anstellung von Lokalbeamten als für besoldete Gauleiter. Es mögen immerhin einige Ausführungen richtig sein, jedoch muß ins Auge gefaßt werden, daß noch nicht erschlossene Agitationsgebiete bearbeitet werden müssen und deshalb ist die Anstellung besoldeter Gauleiter warm zu begrüßen. Wenn sich die Anstellung auch nicht in der ersten Zeit in klingende Münze

umwandelt, so ist doch eine energische, planmäßige Agitation möglich. Die Zahlstellen werden gekräftigt, Lohnbewegungen können in kluger und überlegter Weise geleitet und schon damit der Verbandskasse oft bedeutende Summen erspart werden.

Nun noch zum Schluß einige Ausführungen zu der Gründung von graphischen Kartellen. Es regen und mehrten sich ja gegenwärtig erfreulicherweise die Stimmen, die einer engeren Koalierung das Wort reden. Nicht nur in unseren Anträgen zum Verbandstage, sondern auch auf der Generalversammlung des Deutschen Senefelderbundes ist dieser Gedanke klar zum Ausdruck gekommen. Die graphischen Kartelle an sich können nicht Endziel sein, sondern nur Stappen auf dem Wege zum graphischen Verband. Viele Wege führen nach Rom, so auch zu diesem Ziel. Der kürzeste Weg wird allerdings ungangbar sein, nämlich die sofortige Verschmelzung aller Verbände. Ohne Polemiken heraufbeschwören zu wollen, spielt hier wohl in der Hauptsache die Taktik innerhalb der Gewerkschaften eine Rolle. Während auf der einen Seite Ueberneutralität und zu hohe Ueberhöhung der Tarifgemeinschaft die zur völligen Koalierung der Unternehmer- und Arbeiterverbände führt, sehen wir auf der anderen Seite das Klassenkampprinzip und die Ueberzeugung, daß die Gewerkschaften im sozialistischen Sinne geleitet werden müssen. Gerade durch die fakultative Einführung der Unterstützungswege und durch die Staffellung der Beiträge wird unserem Verbands einerseits die Gelegenheit gegeben, den Beiträgen des Buchdruckerverbandes und des Deutschen Senefelderbundes nahe zu kommen, andererseits aber auch durch die Beitragsstaffellung einer zukünftigen Vereinigung mit dem Buch- und Steindruckereihilfsarbeiterverband die Wege geebnet. Wir sehen ja auch bei den Lithographen und Steindruckern denselben Zug. Der bevorstehenden Eingliederung des bisherigen Sonderverbandes wird binnen weniger Jahre die der Photographen, Xylographen und Notensetzer folgen und dann würde jedenfalls einem graphischen Verbande — vorläufig ohne die Buchdrucker — nichts mehr im Wege stehen. Ich bin auch der Meinung, daß die Kollegen der Nebenbranchen, die ja schließlich nicht das lebhafteste Interesse an diesem Gedanken haben als die Kollegen der Buchbinderbranche, nur profitieren würden, da ja durch einen derartigen starken Verband diese Kollegen eine gestärkte Position erhalten würden. Im übrigen aber hoffen wir, daß unsere Erwählten auf dem Verbandstage eine segensreiche und fruchtbringende Arbeit leisten, damit der Verbandstag von Nürnberg eine wichtige Etappe auf dem Wege zur höheren Machtentfaltung unserer Organisation und vielleicht auch Wege für die höhere Form der Gewerkschaftsbewegung ebnet, für den künftigen Industrieverband.

* * *

Tiefer schürfen!

In Nr. 20 der „Buchb.-Ztg.“ bespricht Kollege H. K.-Hannover die Anträge zum Verbandstag. Er erörtert unter anderem auch die Frage, ob es nicht zweckmäßiger sei, statt der Bezirksleiter für die Zahlstellen von 500 bis 1000 Mitglieder unter Beihilfe der Verbandskasse Zahlstellenbeamte anzustellen. Kollege K. wäre bei oberflächlicher Betrachtung geneigt, dieser Auffassung zuzustimmen, da er aber „tiefer schürft“, so meint er, daß gerade bei größerer Zahl verfügbarer Kräfte sich hier bei einigermaßen gutem Willen sehr wohl eine größere Verteilung der Arbeiten durchführen ließe, so daß der einzelne nicht mehr so stark belastet werden dürfte, daß andererseits aber bei besonderen Anlässen Verbandsvorstand und Bezirksleiter zur Verfügung ständen.

In Hannover ist offenbar eine reiche Auswahl von Kräften vorhanden, wozu man unserer dortigen Zahlstellenverwaltung nur von Herzen gratulieren kann. Aber trotzdem scheint mir, daß H. K. doch noch nicht tief genug geschürft hat. Ganz abgesehen davon, daß man sich nicht

überall eines so beneidenswerten Ueberflusses an Kräften, und zwar arbeitswilligen Kräften, erfreut, fällt den Lokalbeamten eine Aufgabe zu, die sich wohl kaum auf mehrere Schultern verteilen läßt. Das ist die Führung der Passengeschäfte. Diese sind außerordentlich umfangreich und kompliziert und es läßt sich ohne Prophetengabe voraussagen, daß sie durch die Beschlässe des bevorstehenden Verbandstages noch komplizierter werden. Müssen unter solchen Umständen die Kassengeschäfte großer Zahlstellen von einem in Arbeit stehenden Kollegen versehen werden, so haben wir zwei Möglichkeiten. Entweder wird einem Kollegen zugemutet, jede freie Minute, die Nächte, jeden Sonn- und Feiertag zu opfern. Das, scheint mir, ist mehr, als man mit gutem Gewissen verlangen kann. Die andere Möglichkeit ist, daß Bücher und Kasse verschluppt werden, und das ist gewöhnlich der Anfang schlimmer Dinge. Der Lokalbeamte hat aber noch ein weiteres Arbeitsgebiet: die Führung des Arbeitsnachweises. Da haben wir gleich eine Aufgabe, die auf mehrere Schultern verteilt werden kann. In München ist das jahrzehntelang geschehen; aber das war eine elende Frettereierlei und wir sind dabei auf keinen grünen Zweig gekommen. Der einzige positive Erfolg war, daß sich die Unternehmer über uns lustig gemacht haben, wenn wir bei Lohnbewegungen die Anerkennung dieses Arbeitsnachweises forderten. Wie gründlich haben sich gerade hier die Verhältnisse geändert, seit wir in München einen Lokalbeamten angestellt haben! Ich bitte, nur den Bericht nachzulesen, den wir in Nr. 20 der „Buchb.-Ztg.“ über die Frequenz unseres Arbeitsnachweises im ersten Quartal 1907 veröffentlicht haben. Um den Raum unseres Blattes zu schonen, will ich hier auf weitere Einzelheiten nicht eingehen. Aber entgegen dem Kollegen H. K. vertritt ich die Meinung, daß es das Interesse des Verbandes erfordert, in großen Zahlstellen Lokalbeamte anzustellen. Ich bin weit davon entfernt, gegen die Anstellung von Gau- oder Bezirksleitern zu kämpfen, wo diese notwendig sind. Aber ich könnte nicht verstehen, wenn man schablonenmäßig verfahren und die Anstellung von Lokalbeamten auch dort verhindern wollte, wo ein dringendes Bedürfnis vorhanden ist.

München. M. K r a t s c h.

Bericht der Verhandlungen des sechsten Gautages des Gaus 6 Abgehalten am 12. Mai 1907 in Kiel.

Der Gauvorsitzende Schlegel-Hamburg eröffnet um 9¼ Uhr in einem geschmackvoll decorierten Saale des Gewerkschaftshauses den 6. Gautag. In seiner Begrüßungsrede weist er darauf hin, daß die Verhandlungen von der größten Bedeutung sind, und ersucht er deshalb um schärfste Erledigung der vorliegenden Arbeiten. In die Mandatsprüfungskommission werden gewählt: Küster-Hamburg, Zimmernann-Lübeck, Wetter-Kiel, Seimann-Neumünster und Krenner-Hamburg. Die Verhandlungen werden hierauf um eine halbe Stunde vertagt. In das Bureau werden gewählt: Küster-Hamburg und Wetter-Kiel zu Vorsitzenden, Berndt-Hamburg und Winandi-Altona zu Schriftführern.

Küster, welcher den Vorsitz übernommen, gibt zunächst Bericht über die geprüften Mandate und bemängelt er dabei, daß einige Delegierte es veräumt haben, die Befähigung ihres Mandates mitzubringen. Dieselben seien wohl als gültig anzuerkennen, jedoch dürfte dies in Zukunft nicht wieder vorkommen. Anwesend sind sämtliche Delegierten und zwar aus Altona: Wilhelm, Winandi, Windie; Flensburg: Ahrens, Seimann; Hamburg: Küster, Berndt, Frennig, Krenner, Frau Wulm; Garburg: Lübbe; Kiel: Wetter, Leinen; Lübeck: Waldburger, Zimmermann; Lüneburg: Gunold; Neumünster: Vorgen, Jäger; Rostock: Bankow; Schwerin: Schütt; vom Gauvorstand: Schlegel-Hamburg. Von der Zahlstelle Kiel haben zahlreiche Gäste Platz genommen. Die vorgeschlagene Tagesordnung wird genehmigt; die Mittagspause auf 1—2 Uhr festgesetzt.

Die Tagesordnung lautet: 1. Bericht des Gauvorstandes. 2. Bericht der Zahlstellen und Einzelmitglieder. 3. Der nächste Verbandstag. (Referent: Schlegel.) 4. Der Zusammenschluß der graphischen

Verufe. (Referent: Küster.) 5. Agitation. 6. Allgemeine Anträge. Auf Vorschlag Küsters wird eine Kommission gewählt, welche die Vorschläge und Berechnung der Diäten vorzunehmen hat.

Hierauf wird in die Tagesordnung eingetreten und erstattet Schlegel den Geschäftsbericht des Gauvorstandes.

Er führt an, daß der letzte Hamburger Goutag einen Beschluß gefaßt habe, für die Goutasse einen bestimmten Beitrag zu leisten, um die Kosten der Goutage zu befrieren. Mit Recht wäre man jetzt der Meinung, daß die Goutage für die Provinz von größtem Wert seien. Die Zahlstellen sind der Beitragsleistung mit wenigen Ausnahmen nachgekommen. Leider hat sich der Gau-Arbeitsnachweis, der ebenfalls vom letzten Goutag ins Leben gerufen sei, nicht entwickelt, da weder die Arbeitgeber noch die Kollegen dieser Einrichtung Interesse entgegengebracht haben, so daß die aufgewendeten Kosten zwecklos geworden sind und der Arbeitsnachweis ein ruhmloses Ende fand. Zwecks Agitation sind Versammlungen abgehalten worden in Hensburg, Lübeck, Klostorf, Schwerin usw., welche jedoch nennenswerte Erfolge nicht zeitigten. Hätte der Verbandsvorstand mehr Mittel zur Agitation bewilligt, wäre wohl mehr erreicht worden. Daher konnte auch die Aussperrung unserer Kollegen in Berlin, Leipzig und Stuttgart nicht ausgenützt werden. Ferner ist zu beklagen, daß die eingeleitete Statistik im Gau von den Kollegen lange nicht so ausgeführt sei wie dies nötig ist.

Die Diskussion über den Geschäftsbericht war äußerst lebhaft.

W i l h e l m = A l t o n a führt aus: Schlegel habe im Geschäftsbericht viele belanglose Kleinigkeiten mit vorgetragen, welche allein schon zur Kritik herausfordern. Zunächst wäre nichts geschehen in der Einteilung der Funktionen im Gauvorstand, obgleich ein Beschluß des vorigen Goutages vorliege. Die persönliche Agitation wäre sehr vernachlässigt worden; hätte doch Schlegel während der vorjährigen Aussperrung im 6. Gau fast nichts getan. Bezüglich der Einstellung des Gauarbeitsnachweises stimmte er Schlegel zu, nicht so darin, daß er keinen Jahresbericht in der „Buchbinder-Zeitung“ gegeben habe. Das sei eine große Pflichtvergessenheit. Schlegel sei als Gauleiter nicht die geeignete Person, da derselbe infolge seiner politischen Tätigkeit kaum auf dem Boden der Zentralverbände stehen dürfte; arbeite derselbe doch in seinen politischen Versammlungen direkt gegen unsere Anschauungen. Ferner mache die Zahlstelle Altona den Hamburgern Vorwürfe, daß der Gauvorort die nötige Energie hat fehlen lassen bei der Wahl des Gauleiters. Redner beklagt noch einen Bericht des „Hamburger Echo“, in welchem Schlegel als Referent in einer politischen Versammlung richtig gekennzeichnet wird und zwar als Querulant in der Arbeiterbewegung.

S c h l e g e l verlangt, die Angriffe Wilhelmus sofort zu widerlegen. Dem wird jedoch, nachdem Pfennig dagegen gesprochen, nicht stattgegeben.

W a l d b u r g e r = L i b e d: Die Zahlstelle Lübeck sei mit der Geschäftsführung Schlegels schon lange nicht mehr zufrieden. Man wolle denselben auch nicht mehr als Referenten haben, da er in einem Vortrag in Lübeck uns seine anarchistischen Anschauungen zum besten gegeben habe. Redner trägt sodann einige Fälle vor, welche Lübeder Kollegen betrafen, die von Schlegel äußerst faunselig behandelt wurden. Das Fehlen des Geschäftsberichtes in der Zeitung mißbilligte er ebenfalls ganz entschieden.

K ü s t e r = H a m b u r g: Daß die jetzigen Goutage mehr bedeuten als die früheren, beweise die heutige Kritik. Schlegel habe Beschlüsse des vorigen Goutages nicht befolgt. Ferner habe Schlegel während der Aussperrung wohl mit Absicht keine Referenten aus Hamburg nach dem Gau geschickt. Die Folge davon ist gewesen, daß die Aussperrung im Gau nicht genügend ausgenützt wurde. Die Hamburger Ortsverwaltung hätte in politischer Beziehung bisher auf dem Neutralitätsstandpunkt gestanden, deshalb sei man mit Schlegel tolerant verfahren. Allerdings habe derselbe durch seine Taktik bei der Reichstagswahl viele Hamburger Kollegen verschuldet, so daß bei seiner Wiederwahl sich Proteste erhoben.

S c h l e g e l glaubt in der kurzen Zeit bis zur Mittagspause nicht auf alle Angriffe eingehen zu können und will sich daher auf das Notwendigste beschränken. In den Lübeder Angelegenheiten läge die Schuld nicht allein bei ihm, sondern hauptsächlich bei den die Sachen betreffenden Kollegen. Es sähene ihm, als seien diese Fälle bei den Haaren herbeigezogen, um seiner politischen Richtung eins auszuwichen. Während der Aussperrung hätte er seine Pflicht getan. Erfolg wäre durch Referate nicht zu erwarten gewesen, deshalb habe er nicht mehr gehalten respektive halten lassen. Die Funktionen des Gauvorstandes zu verteilen, ist ihm bisher noch nicht gelungen. Bezüglich des Jahresberichtes läge Zeitmangel vor. Man solle doch bedenken, daß er

alle Arbeiten erst nach Feierabend verrichten könne. Es müßten künftig größere Zahlstellen Beamte anstellen, welche die Gauarbeiten mit in ihre Regie zu nehmen hätten. Mit Wilhelm wolle er über seine politische Richtung nicht rechten, da derselbe von anarchistischer Literatur blühwenig verstände. Der Bericht aus dem „Hamburger Echo“ sei ein phrasenhaftes Geschimpfe, im „Freien Arbeiter“ stände die Wahrheit über seinen Vortrag. Er habe sich in dieser Vermählung hauptsächlich mit dem Generalstreik befaßt und viele Zustimmung erhalten. Weil er der sozialdemokratischen Partei nicht angehöre, deshalb trage man ihm alles nach, so auch auf diesem Goutage.

L i b e d = H a m b u r g nimmt Schlegel in Schutz. Als Vertrauensmann der Harburger Kollegen hätte er viel mit Schlegel zu tun und könne er über dessen Geschäftsführung nicht klagen. Auch in Schlegels politischer Tätigkeit sei von den Harburgern nichts Anstößiges gefunden.

P f e n n i g = H a m b u r g legt Lübedes Ausführungen nicht viel Bedeutung bei, da es sich um Freundschaft handle. Wenn Schlegel nicht viel Zeit übrig habe bei seinen Goutgeschäften, dann konnte er Küster oder Berndt Vorträge halten lassen. Er habe vor der Wiederwahl Schlegels gewarnt, seine Warnung sei aber auf unfruchtbar Boden gefallen, indem es Schlegel meisterhaft verstanden habe, sich als Märtyrer hinzustellen. Es werde Schlegel auch auf dem Goutage gelingen, sich reinzuwaschen. Auf alle Fälle müsse der Goutag ein ernstes Wort mit Schlegel sprechen.

B e r n d t = H a m b u r g gibt der Meinung Ausdruck, daß Schlegel sich zuviel mit seiner Politik befaßt und dadurch die Gauarbeiten notwendigerweise leiden müssen. Tatsache sei, daß im 6. Gau viel Ruhe herrsche. Ein rechter Gauhirt müsse eben seine ganze Kraft einsetzen in der Bekämpfung seines Gaus. Daß viel Arbeit damit verbunden, sei ihm bekannt, ließe sich aber nicht ändern. Er sei in politischer Beziehung tolerant gegen Schlegel gewesen, bis letzterer während der letzten Reichstagswahl direkt Stellung genommen hätte gegen die Arbeiterfrage; das sei auch ihm über die Putschkur gegangen. Die Arbeiterorganisationen, die mit großen Opfern in die Höhe gebracht sind, dürften wohl eines Besseren wert sein, als wieder zerpfittert zu werden.

R i n d l e i s c h = R i e l (Gast) warnt vor Schlegels Amtsenthebung, da derselbe in anarchistischen Versammlungen sein Stedenpferd über angeleglichen Terrorismus der Sozialdemokratie reiten würde. Wenn Schlegel während der Aussperrung mehr seine Schuldbigkeit getan hätte, wäre vielleicht mancher aus dem 6. Gau nicht Streikbrecher geworden. Die Gauarbeiten müssen verteilt werden, damit mehr agitiert werden könne, als dies bisher geschehen sei.

W i n d t = A l t o n a kann sich mit Schlegel als Gauleiter ebenfalls nicht befreunden und wünscht er einen anderen Kollegen auf diesen Posten.

Es sprechen noch W a l d b u r g e r, K ü s t e r und W i l h e l m gegen Schlegel und wird sodann in die Mittagspause eingetreten.

(Schluß in nächster Nummer.)

Die bayerischen Landtagswahlen und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Bayerns.

— Die bayerischen Landtagswahlen stehen vor der Tür. Die politischen Parteien rühren geschäftig ihre Werbetrommeln und suchen ihren Kampfesbataillonen neue Rekruten einzureihen. Arbeiterfreundlich sind sie ja alle, alle bis zum rückständigsten Bauernbund!

Die gesamte Arbeiterschaft Bayerns hat ein Lebensinteresse an der zielklaren Förderung einer ausgesprochenen sozialen Arbeiterklassenpolitik. Und nur eine Partei Bayerns prägt klar die Grundzüge einer wirklichen Arbeiterklassenpolitik aus: die Sozialdemokratie. Wie heulen und jammern wehleidig die gartbesaiteten Seelen der bürgerlichen Parteien über diese rauhe proletarische Politik! Sie stehen ja vornehm über den Klassen, und ihre Herzen brennen nur für das allgemeine Wohl. Ein Pfui der beschränkten, einseitigen Klassenpolitik! Man lasse sich aber nicht durch das chameleonartige Schillern der bürgerlichen Parteien in allen Regenbogenfarben über ihren wahren Grundcharakter täuschen. Der Liberalismus ist bei Lichte besehen das Sprachorgan des mobilen Kapitals; in der Zentrums politik schlägt ein wirres, charakterloses Gemisch rückständiger Mittelstandsforderungen nieder. Nem bürgerlich sind sie aber alle im Grunde ihrer Seele, und wenn nur endlich einmal das bürgerliche Eigentum gesetzgebend zugunsten der millionenföpfigen ausgebeuteten Arbeiterschaft angepackt werden soll, so läuten sie Sturm und wecken den letzten Ordnung- und Nachwächter mit dem wüsten, markerfütternden Schrei auf: das Eigen-

tum, das Palladium des sittlichen Staates, ist in Gefahr!

So unerboren dürfte heute selbst der Leichtfertige und gewissenloseste politische Schaumfänger nicht sein, um die Existenz der sozialen Klassen und den Gegensatz ihrer Interessen zu leugnen. Die arbeitende Klasse rennt in ihrem heißen Ringen nach ökonomischer und politischer Freiheit klar gegen die Interessen der bürgerlichen Klassen an. Aus der eigenartigen Lebenslage des Proletariats ergibt sich eine ausgesprochen proletarische Sozialpolitik.

Auf dem Arbeiter laftet mit zermalmendem Druck die gewaltige wirtschaftliche Uebermacht des kapitalistischen Unternehmertums. Aller Produktionsmittel bar, muß sich der Arbeiter auf dem Arbeitsmarkt in den erniedrigenden Handel mit seinem eigenen Fleisch und Blut finden, muß er seine Arbeitskraft verkaufen und sich den schmachlichsten Arbeitsbedingungen, der launenhaften Konsumdogmatik eines herrschsüchtigen und tyrannischen Ausbeutertums unterordnen. Ueberarbeit und Hungerlöhne stechen am Beginn der ersten schmerzreichen Epoche des Kapitalismus. Erst als sich die Arbeiterschaft drohend gegen die maßlose Ausbeutung erhob, schufen die Regierungen die ersten bescheidenen Anfänge der Arbeiterschutzesbewegung. Die gewaltig erkarkende sozialdemokratische Bewegung zwang den eisernen Kanzler zur sogenannten positiven Bekämpfung dieser Bewegung, zur Einleitung der Arbeiterversicherungsgesetzgebung.

Aus der ganzen Situation des Proletariats folgt notwendig eine ausgesprochen sozialpolitische Arbeiterklassenpolitik mit der Grundrichtung: Eindämmung der Herrschergewalt des kapitalistischen Unternehmertums durch gesetzliche Einschränkung der Arbeitszeit, durch Regelung der sanitären Verhältnisse der Fabrik und Werkstat, durch die Begründung allgemeiner Versicherungsinstitutionen gegen die existenzuntergrabenden Folgen der Krankheit, des Unfalls, der Invalidität und der Arbeitslosigkeit, durch die Errichtung öffentlich-rechtlicher Vertretungs-körperschaften der Arbeiter. Wer da behauptet, alle diese Forderungen atmen nicht den Geist einer fest umrissenen Klassenpolitik und wehren sich nicht gegen die Interessen einer bestimmten sozialen Klasse: gegen das kapitalistische Unternehmertum, der ist entweder blind oder lügt mit frecher Stirn. Sie kompakter sich die Arbeitermassen, seien sie nun katholisch oder protestantisch, zu einer Klassenpartei zusammenscharen, je stärker ist ihre Stohkraft, und je sicherer sehen sie ihre Klassenforderungen in den Parlamenten durch. Es steht ja dann hinter diesen Forderungen nicht ein Bruchteil einer Klasse nur, sondern die Klasse selbst. Ihrer ganzen geschichtlichen Entwicklung nach ist in Deutschland nun die Sozialdemokratie im wesentlichen eine Arbeiterklassenpartei. Parteien wurzeln in der ökonomisch-sozialen Struktur ihres Landes. Parteien haben ihre geschichtlichen Traditionen, ihre eigenen Entwicklungen. Man erfindet nicht schnell über Nacht eine neue politische Partei. Die nationalsoziale Parteigründung, die individuelle Tat eines geistvollen sozialpolitischen Eigenbrödlers, des Pfarrers Raumann, hatte eigentlich nur die ephemere Existenz einer Eintagsfliege. Wer nur einigermaßen die Geschichte unserer deutschen politischen Parteien kennt, erfährt sofort die traditionelle Bestimmung der Sozialdemokratie zur politischen Vertretung der proletarischen Gesamtinteressen.

In der bevorstehenden bayerischen Landtagswahl treten zahlreiche sozialpolitische Fragen in den Brennpunkt des proletarischen Interesses. Der Demokratisierungsprozeß, in den dank der unablässigen vorwärtsdrängenden Tätigkeit der Sozialdemokratie der bayerische Staat getreten ist, muß auf das kommunale Gebiet zielklar hinübergeleitet werden. Am demokratisierten Staat muß sich die demokratische Gemeinde emporranken. Die Reform der Gemeindeordnung ist eine Arbeiterklassenforderung von grundlegender Bedeutung. Die demokratische staatliche und kommunale Verwaltung verbirgt erst die konsequente Durchführung der Arbeiterschutzes- und Arbeiterversicherungsgesetzgebung.

Das Proletariat, das numerisch stark in die Kammer und in die Gemeindeverwaltungen einrückt, beeinflusst die Arbeiterpolitik des Staates und der Gemeinden mit starker Hand. Der Staat und die Gemeinden Bayerns beschäftigen ganze Armeen von Arbeitern und Beamten. In diesen Arbeitern, die durch eine fortgeschrittene staatliche und kommunale Sozialpolitik in menschendwürdige Arbeits- und Lebensverhältnisse versetzt sind, wird die Gewerkschaftspolitik einen wichtigen Stützpunkt finden. Befreien Staat und Gemeinden als die größten Arbeitgeber fortschrittliche sozialpolitische Bahnen, so müssen die Privatarbeitgeber diesen Bahnen folgen.

Die Sozialdemokratie ist nun im bayerischen Landtage in allen grundlegenden Fragen der staatlichen sozialen Arbeiterpolitik von den gesamten übrigen Parteien niedergestimmt worden. Ihr Antrag auf Einführung des Neuntages vom 1. April 1906 und des Ahtstundentages vom 1. April 1907 ist abgelehnt worden. Im sozialen Ausschuss stimmte für diesen sozialdemokratischen Antrag nur noch der Abgeordnete Linberger. Galt der Ahtstundentag erst in Staat und Gemeinde seinen Siegeszug, so ist sein Triumph in den Privatunternehmungen besiegelt. Die sozialdemokratische staatliche Lohnpolitik, die genügende, für den Familienunterhalt ausreichende Arbeitslöhne und Dienstbezüge vorsehen und einen Mindestlohn von 3 Mf. für erwachsene männliche Arbeiter festlegen wollte, wurde von den Regierungen und Parteien leidenschaftlich bekämpft.

In der Kammer führte das herrschende Zentrum nicht einmal seine eigenen sozialpolitischen Beschlüsse konsequent durch. Für die beschlossenen Lohnserhöhungen reichte die in den Etat gestellte Summe von 2 160 000 Mf. nicht aus. Infolgedessen erwies sich eine Neueinstellung von 340 000 Mf. als nicht notwendig. Im Finanzausschuss sträubten sich die Vertreter des Zentrums mit Händen und Füßen gegen die Bewilligung dieser Summe. Die Widerstände der beteiligten christlichen Arbeiter und die Kritik der eigenen Presse veranlaßten das Zentrum nun im Plenum zu einem taktischen Schachzug, nämlich zur Stellung des Antrages: „Es sei die bei den einzelnen Etatspositionen zur Vesserung der Lohnverhältnisse der in der Eisenbahnverwaltung beschäftigten Tagelohnarbeiter eingesezte Summe um den Betrag zu überschreiten, welcher erforderlich ist, um den Lohn der genannten Arbeiter, soweit derselbe den nach den von der Kammer genehmigten Beschlüssen des X. Ausschusses bezeichneten Minimallohn für die einzelnen Lohnklassen nicht erreicht, auf diesen Betrag vom 1. September 1906 an zu erhöhen.“ Im Plenum wurde bei der Beratung über die gestellten Anträge von sozialdemokratischer Seite darauf hingewiesen, daß es sich bei dem Zentrumsantrag nur um ein Scheinmander zur Veräußerung der christlichen Arbeiter handle. Der Antrag hatte nämlich absolut keine Aussicht auf Annahme in der Reichsratskammer. In einem ähnlichen Falle hatte sich die Reichsratskammer erst vor kurzem dahin geäußert, daß jede im Budget nicht bestimmte und ziffernmäßig begrenzte Bewilligung als bedenklich angesehen werden müsse. Und in der Tat lehnte die Reichsratskammer den Zentrumsantrag ab.

Die Durchsetzung aller sozialpolitisch fortgeschrittenen Arbeiterklassenforderungen ist an demokratische Staats- und Verwaltungsformen gebunden. Die Demokratisierung des Staates und der Gemeinde ist daher eine wirkliche Lebensfrage des gewerkschaftlich organisierten Proletariats. Die sozialdemokratische und gewerkschaftliche Bewegung feuern dem großen Ziele der Verdrängung des kapitalistischen Herrcentums aus der Wirtschaft und Staatsordnung zu. Beide Bewegungen streben die demokratisch-genossenschaftliche Fabrik und den demokratisch-genossenschaftlichen Staat an.

Also, ihr gewerkschaftlich-organisierten Arbeiter Bayerns, kämpfet am 31. Mai an der Seite der Sozialdemokratie bei den Landtagswahlen für die Demokratisierung der staatlichen, kommunalen und wirtschaftlichen Institutionen Bayerns!

Korrespondenzen.

Nachstehende Firmen sind gesperrt: A. Priester u. Co., Luxuspapier- und Zelluloidwarenfabrik in Berlin und G. Wolfensberger in Zürich.

Gesperrt sind: für Buchbinder die Sektionen Genf, Lausanne, Neuenburg (Neuchâtel), Chaux de Fonds und Locle des Schweizerischen Buchbinderverbandes; für Etuisarbeiter: Wien.

Mannheim-Ludwigsbader. Unsere vierteljährliche Generalversammlung fand am 4. Mai statt. Den Geschäftsbericht gab Bonfisch. Demnach fanden in verfloffenen Quartal 6 Mitglieder, 3 außerordentliche und 2 Generalversammlungen statt. Der Mitgliederstand am Anfang des Quartals war 87 männliche und 24 weibliche, am Schluß desselben 78 männliche und 29 weibliche Mitglieder. Der Verlust an männlichen Mitgliedern ist nun so bedauerlicher, da wir in dem Quartal einen für uns außerordentlich günstigen Tarif abgeschlossen haben. Den Massenbericht gab Faust. Die Ersahwahlen zeitigten als Resultat die Wahl der Kollegen Scheuring und Despang als Veißer.

Die Berichterstattung von der Gewerkschaftskonferenz des Mannheimer Industriebezirks gab Arnbrust. Er hob besonders die außerordentlich agitatorische Tätigkeit des hiesigen Gewerkschafts-faktells hervor, welches in einem Jahre einen Zu-

wachs von 6300 Mitgliedern zu verzeichnen hatte (ohne Metallarbeiter, die dem Kartell nicht angehören). Für die weitere Fortbildung der Gewerkschaftsmitglieder wurden Unterrichtskurse, Vichtbilder-vorträge usw. abgehalten, die sich durchweg eines guten Besuehes zu erfreuen hatten. Auch wurde auf der Konferenz die schätzbare Agitation der Christlichen ins rechte Licht gerückt und das Verhalten der Buchdrucker Schaf gerügt, die in ihren Reihen ein Mitglied dulden, welches am hiesigen Zentrumsblatt Redakteur ist und als solcher fortgesetzt die freien Gewerkschaften, denen er selbst angehört, in der gemeinsten Weise verleumdet und verächtigt. Die Konferenz, die einen ganzen Tag in Anspruch nahm, konnte nicht zu Ende geführt werden. Ein wichtiger Punkt der Tagesordnung wurde auf die nächste Konferenz verschoben.

In der Diskussion erkennt Secht an, daß in Mannheim tüchtige Arbeit geleistet sei. Die Konferenz müsse auch ein Vorbild für Ludwigsbader sein. Sepp empfiehlt den Jahresbericht des Kartells zum genauen Studium, da derselbe sehr lehrreich sei.

Sobann wird beschlossen, in Wälde einen größeren Ausflug zu unternehmen. Es wird dem Vorstand anheimgegeben, in der nächsten Versammlung geeignete Vorschläge zu machen. Nach Besprechung einiger interner Angelegenheiten erfolgt Schluß der leider schlecht besuchten Versammlung.

Berlin. Die Generalversammlung der Zahlstelle Berlin fand am 6. Mai statt. Kollege Klar gibt vor Beginn der Tagesordnung den Anwesenenden von dem Ableben des Kollegen Lange Kenntnis und wird das Andenken desselben in der üblichen Weise von den Anwesenden geehrt.

Dem Geschäftsbericht zufolge ist im verfloffenen Quartal die Tätigkeit der Funktionäre keine große gewesen, weil durch die stattgefunden Reichstagswahl sich dieselben zum größten Teil an den Arbeiten für dieselbe beteiligten. Die Verwaltung erledigte ihre Geschäfte in 13 Sitzungen, zwei kombinierten Verwaltungssitzungen und eine Generalversammlung.

In der Album-Branche fanden statt: 4 Werkstudenitzungen, 1 Branchenversammlung und 2 Delegiertenitzungen.

In der Galanterie-Branche: 7 Werkstudenitzungen und 2 Delegiertenitzungen.

Die Kollegen wählten eine Tarifkommission zur Ausarbeitung eines Tarifes für Rahmenmacher. Dieselbe hielt 3 Sitzungen ab. Eine Beschwerde wurde bei der Gewerbeinspektion eingereicht.

In der Etuis-Branche haben stattgefunden: 15 Werkstudenitzungen und 2 Delegiertenitzungen, 1 Branchenversammlung, 1 Sitzung der Arbeitsnachweis-kommission und 1 Sitzung der Schlichtungskommission. Die Gewerbeinspektion wurde einmal in Anspruch genommen. Der Geschäftsgang war kein guter und hat die Branche ein ganz Teil Arbeitslose zu verzeichnen gehabt.

Die Karton-Branche hielt 9 Agitationskommissions-, 2 Tarif-, 3 Delegierten-, 59 Werkstudenitzungen, 1 kombinierte Werkstudenitzung und 1 kombinierte Verwaltungssitzung ab. Ferner haben 1 Branchenversammlung und 9 Verhandlungen stattgefunden. Bei 3 Verhandlungen handelte es sich um Reduzierung der Affordblöhe. Die Angelegenheiten wurden zur Zufriedenheit der Mitglieder erledigt. Dagegen konnte in 3 Fällen die Wiedereinstellung der Vertrauenspersonen nicht erwirkt werden. Eine Verhandlung fand mit dem Vorsitzenden des Schuberbandes zur Regelung von Schiedsgerichts-Angelegenheiten statt. Die Geschäftsfrage war hier eine sehr gedrückte und arbeiteten die Kollegen zum größten Teil verkürzt.

In der Buchbinder-Branche haben stattgefunden: 28 Werkstudenitzungen, 3 Delegiertenitzungen, 2 Sitzungen mit Arbeiteraus-schüssen bezw. Vertrauenspersonen, 3 Branchenversammlungen. Ferner fanden Verhandlungen statt bei Scherl, Elsner, Wlehslein und Friedrichowicz. Die Kommission erledigte ihre Geschäfte in 6 Sitzungen und war dieselbe in den Sitzungen der Tarifkommission, Ortsverwaltung und kombinierten Verwaltung vertreten. Klar bemerkt, daß die Kollegen dieser Branche anscheinend nicht mehr in der Lage sind, die Agitation sachgemäß zu betreiben oder die paar Kollegen, die in der Kommission etwas leisten, sind zu sehr mit Arbeit überlastet. Es ist dies das erste Mal, daß nur 28 Werkstudenitzungen in dieser Branche stattgefunden haben und ist dies kein gutes Zeugnis für die größte Branche.

In der Kontobuch-Branche fanden statt: 5 Tarifkommissions-, 5 Delegiertenitzungen, 9 Werkstudenitzungen, 1 Branchenversammlung und 2 Verwaltungssitzungen.

In der Branchenversammlung wurden die Kollegen Keese, Demser und Czarni als Vertrauensleute der Branche und der Kollege Köcher als Veißer der Ortsverwaltung gewählt. Ferner wurde der Beschluß gefaßt, von der Einführung des all-

gemeinen Affordtarifs abzusehen und nur die Wertstudenitarife zu revidieren.

In der Luxuspapier-Branche haben stattgefunden: 13 Agitationskommissions-, 3 Delegiertenitzungen, 60 Werkstudenitzungen, 2 Bezirksversammlungen, 1 Morgenpredache. Verhandlungen fanden 6 statt, 5 bei Priester, 1 bei Weyer. Der Streik bei der Firma Priester u. Co. wurde nach sechswöchiger Dauer aufgehoben und über diesen Betrieb die Sperre verhängt.

Die Agitationskommission der Vororte und der Goldschmittmacher haben keine Berichte eingefandt.

Der Mitgliederstand am Quartalschluß war folgender: männliche Mitglieder 2959, weibliche 3080, zusammen 6039.

Weiter gibt Klar das Resultat der Abstimmung bekannt.

Nach der Ausgabe von Maimarken haben sich dieses Jahr 1400 Kolleginnen und Kollegen an der Arbeitsruhe am 1. Mai beteiligt.

Den Massenbericht gab Kollege Wytomski. Die Zentralkasse bilanzierte in Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 27 356,28 Mf., die Lokalkasse in Höhe von 21 308,53 Mf.

Arbeitslos meldeten sich im 1. Quartal:

	Arbeiter	Arbeiterinnen
Januar	227	227
Februar	183	207
März	174	175

Es wurden Stellen für

	Arbeiter	Arbeiterinnen
Januar	121	94
Februar	115	88
März	172	134

Summa	408	316	622	386
Außerd. Aushülf.	226	213	233	214

Küger führt hierzu aus, daß ein großer Teil der Stellen von den Arbeiterinnen nicht besetzt wurde, weil dieselben nicht für den Minimallohn arbeiten wollen und daß der Nachweis der Jnnung unserem Nachweis keinen Abbruch tut, weil selbst die Jnnungsmeister nach wie vor Arbeitskräfte vom paritätischen Arbeitsnachweis beziehen.

Darauf erstattet Schmidt den Bibliotheksbericht. Die Einnahme betrug 194,45 Mf., die Ausgabe 84,45 Mf. Der Bücherbestand war im 1. Quartal 1354 Bände. Ausgeliehen wurden 564 an männliche und 328 an weibliche Mitglieder. An der Diskussion beteiligten sich die Kollegen Kroitro, Schüter, Kato und Garder.

Ein Antrag des Kollegen Schade, den Kollegen in den Agitations- sowie den anderen Kommissionen ein Gehrgeld von 50 Pf. pro Sitzung und 20 Pf. Fahrgehd zu vergüten, wird angenommen. Ferner gibt Kroitro bekannt, daß eine außerordentliche Revision von seiten des Verbandsvorstandes vorgenommen wurde. Die Revisoren haben dabei auf Mängel aufmerksam gemacht, deren Abschaffung von großem Wert für die Zahlstelle Berlin ist.

An Stelle des Kollegen Kramlau wird Kollege Zahn als Veißer gewählt.

Zum Punkt Wahl der Delegierten zum Gantage und Anträge führt Demser aus, daß die Einberufung des Gantages sich notwendig gemacht hat, weil sich vieles im Gau betreffs der Agitation geändert hat, so daß eine Aussprache darüber stattfinden muß.

Ein Antrag der Ortsverwaltung, den Beitrag der Zahlstelle Berlin an die Gaukasse von 300 Mf. auf 100 Mf. herabzusetzen, wird abgelehnt.

Als Delegierte zum Gantag werden die Kollegen Klar, Lippold, Gerber und Bruck gewählt.

Bei dieser Abstimmung, die durch Stimmgittel vorgenommen wurde, ergab sich, daß nur 68 Mitglieder anwesend waren. Es ist dies ein betrübendes Zeichen für eine Zahlstelle, die über 6000 Mitglieder zählt.

Ludewalbe. Eine von 82 Mitgliedern besuchte Versammlung tagte am Sonnabend, den 11. Mai, im Schutzzeichen Lokale, welche sich mit folgender Tagesordnung zu befassen hatte: 1. Geschäfts- und Massenbericht; 2. unsere jeweilige Lohnbewegung; 3. Wahl eines Kandidaten zum Verbandstage; 4. Verschiedenes. Zum Geschäfts- und Massenbericht, welchem zu entnehmen ist, daß die Zahlstelle gegenwärtig 170 Mitglieder zählt, wurde eine Diskussion nicht gewünscht. Nur das eine wurde gefordert, die Abrechnung künftig etwas früher zu bringen und nicht immer auf die Restanten zu warten, bis selbige ihre Beiträge beglichen haben.

Zu Punkt 2 der Tagesordnung erteilte der Vorsitzende dem Kollegen Demser-Berlin das Wort, welcher auf Wunsch der Zahlstelle nach Ludewalbe gekommen war, weil er den Verhandlungen mit den Unternehmern beigeohnt hatte. Neben schildert in längeren Ausführungen die Lohnbewegung in den hiesigen Betrieben. Die Zahlstellenverwaltung hatte sich vor einiger Zeit im Auftrage der Kollegen-schaft an die Unternehmer gewandt, die neuinständige

Arbeitszeit und Erhöhung der Löhne gefordert. Darauf ging ein von vier Fabrikanten unterzeichnetes Schreiben ein, worin diese sich bereit erklärten, über die eingereichten Forderungen zu unterhandeln. Nur einer, und zwar der größte Fabrikant, Herr Henschel, dünkte sich vielleicht zu erhaben, um der Zahlstellenverwaltung und seiner Konkurrenz eine Antwort zuzukommen zu lassen. Nach zweimaliger Verhandlung mit den vier Fabrikanten wurden folgende Bedingungen vereinbart:

Die Arbeitszeit ist eine 9 1/2 stündige und zwar vormittags von 6 bis 12 Uhr mit einer halbstündigen Frühstückspause, nachmittags von 1 bis 5 Uhr ohne Pause. Die Unternehmer bestanden fest darauf, den Schluss der Arbeit auf nachmittags 5 Uhr festzusetzen, weil sie viel jugendliche Arbeiter beschäftigen, welche die obligatorische Fortbildungsschule besuchen und welche sie deshalb um 5 Uhr aus der Arbeit entlassen müssen. Um den 5 Uhr-Schluss zu ermöglichen, müssen die Teller-Presser von zwei Betrieben in Zukunft die von ihnen hergestellten Teller selbst zählen, was in den beiden anderen Betrieben bisher schon üblich war. Gätten die Vertreter der Arbeitnehmer diese Bedingung nicht angenommen, wären die Verhandlungen gescheitert. Bezüglich der Regelung der Lohnverhältnisse wurden folgende Vereinbarungen getroffen: Für jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen beträgt der Stundenlohn im ersten Jahr, also wenn sie noch der Schulentlassung in die Betriebe kommen, 10 Pf., im zweiten 12 Pf., im dritten für weibliche 15 und für männliche 16 Pf. Gefordert waren Wochenlöhne von 6, 7,50 und 10 Mk., bisher üblich 4,50, 6 und 8 Mk. Die Buchbinder, Zuschneider und Stanger erhalten allgemein eine fünfprozentige Lohnzulage. Die Affordlöhne der Presser wurden innerhalb der einzelnen Betriebe revidiert, es ist dabei eine zehnprozentige Erhöhung der Löhne erzielt worden. Bei Zeitlohn erhalten die Presser 32 Pf. pro Stunde, bisher 25 bis 28 Pf. Für Überstunden 25 Proz. für Sonntagsarbeit 50 Proz. Lohnzuschlag. Die Presser erhalten bei Überzeitarbeit pro Stunde 10 Pf. Zuschlag zum Affordlohn. Die Organisation, der Buchbinder-Verband, wird anerkannt, d. h. kein Unternehmer darf jemandem wegen seiner Zugehörigkeit zu diesem Verbande entlassen und ist den Vertrauensleuten gestattet, während der Pausen die Zeitung auszuteilen und Beiträge einzuziehen.

Diese Vereinbarungen sind als Tarif gültig vom 1. Juni 1907 bis zum 31. Mai 1910 und muß der Vertrag drei Monate vorher gekündigt werden, wenn er nicht ein Jahr länger dauern soll.

Bei Streitigkeiten entscheidet zunächst eine aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern zusammengesetzte Schlichtungskommission, in zweiter Instanz das Gewerbegericht.

Kollege Lemser führte zu diesen Vereinbarungen aus, daß ja nicht alle Wünsche der Kollegenschaft erfüllt werden konnten, aber in Anbetracht dessen, daß zum ersten Male in der Papierbranche Luthenwaldes eine derartige Tarifbewegung durchgeführt worden sei, empfehle er die Annahme dieser Tarifvorschläge.

In der Diskussion wurde die Verkürzung der Mittagspause und die allgemeine Einführung des Tellerzählens bemängelt. Mit allen gegen eine Stimme wurden sodann sämtliche Tarifvorschläge angenommen.

Eine längere Debatte entspann sich darüber, welches Verhalten der Firma Henschel gegenüber einzuschlagen sei. Daß die Arbeiter bis jetzt noch keine Zugeständnisse erzielten, liegt an ihnen selbst, doch ist zu hoffen, daß die Arbeiter dieser Firma auch noch etwas herausholen werden, ohne daß es zu einem ersten Konflikt kommt. Die Firma Henschel hat sich schon bereit erklärt, bis zum 8. Juni eine Aufbesserung der Löhne vorzunehmen, und zum Teil noch mehr wie gefordert wird.

Als Kandidat zum Verbandstage wurde einstimmig Kollege Noack aufgestellt.

Vielefeld. In unserer stattgebenden Generalversammlung gab Kollege Hornmann den Geschäftsbericht. Aus demselben ist folgendes zu entnehmen: Es fanden statt 1 General-, 5 Mitgliederversammlungen, 6 Vorstands- und 2 Vertrauensmännerversammlungen. Der Besuch der Versammlungen ist im vergangenen Quartal durchweg ein schlechter zu nennen, da durchschnittlich nur 35 Mitglieder in denselben anwesend waren, was eine verhältnismäßig kleine Zahl ist, wenn man berücksichtigt, daß unsere Zahlstelle durchschnittlich 125 Mitglieder zählt. Der Mitgliederbestand war am Schlusse des 1. Quartals 117 Mitglieder.

Welp gab den Kassenbericht. Die Einnahme der Verbandskasse betrug 1033,30 Mk., die Ausgabe 141,18 Mk. An die Verbandskasse eingekandt 604,25 Mk. Die Einnahme der Lokalkasse betrug 302,26 Mk., Ausgabe 107,91 Mk. Es entspann sich eine kurze Debatte über verlorene Marken, da aus der Lokalkasse 15 Mk. für solche bezahlt wurden. Hierzu erklärt Hornmann, daß in Zukunft diejenigen

Vertrauensleute, welche Marken verloren haben, sich selbst an die Generalversammlung wenden müssen, da sich der Vorstand solcher Sachen nicht mehr annimmt. Kollege Die wurde als 2. Revisor gewählt. Sodann teilte Scha mit, daß an der Gewerbechule ein Vergleichsurteil abgehalten werden soll, bezw. soll dort eine vollständige Buchbinderei eingerichtet werden, wenn sich genügend Kollegen daran beteiligen. Kollege Scha wird beauftragt, sich über alle näheren Bestimmungen zu erkundigen und diese dem Vorstand mitzuteilen. Es wird dann die Gelegenheit in einer darauffolgenden Versammlung zur Sprache kommen.

An die Etuisarbeiter und Arbeiterinnen!

Kollegen und Kolleginnen! Anlässlich des Verbandstages in Nürnberg soll im Einverständnis mit dem Verbandsvorstand dort eine Besprechung derjenigen Delegierten stattfinden, welche zu unserer Branche gehören. Um nun auch den Kollegen in solchen Gauen und Zahlstellen, wo kein Etuisarbeiter gewählt wird, Gelegenheit zu bieten, ihre Wünsche in dieser Besprechung vorbringen zu können, ersuchen wir dieselben, überall dieserhalb zu Besprechungen aufzumenzutreten und etwaige Anträge dem gewählten Verbandstagsdelegierten ihres Wahlbezirks zu übermitteln und ihn zu ersuchen, für dieselben bei der Besprechung einzutreten.

Als Besprechungspunkte denken wir uns: 1. Die Aufgaben der Zentralarbeitsnachweis-Kommission. 2. Beratung über berufliche Fragen und das eventuelle Stattfinden einer späteren Etuisarbeiter-Konferenz.

Die unterzeichnete Kommission hält die oben angegebene Besprechung im Interesse einer möglichst einheitlichen Agitation für unbedingt notwendig und ermartet von der Kollegenschaft die gleiche Ansicht und rege Anteilnahme an der Durchführung unseres Vorschlags. Soll doch die Besprechung mit dazu dienen, um überall eine tarifliche Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Branchenangehörigen Deutschlands und den Anschluß der letzteren an den Buchbinderverband herbeizuführen. Mit kollegialem Gruß

Die Zentralarbeitsnachweis-Kommission
J. A.: F. Leichert, Berlin O 112, Frankfurter Allee 64.

Abrechnung

von der Aussperrung der Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen in Leipzig.

Einnahme:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Aus der Verbandskasse', 'Aus laufenden Beiträgen', 'Aus der Lokalkasse', 'Aus der Kasse des Fachvereins', 'Auf Listen gesammelt'.

Ausgabe:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Streikunterstützung an 670 verheiratete Arbeiter', '436 ledige Arbeiter', '1295 Arbeiterinnen', 'Zuschuß aus lokalen Mitteln', 'An einen abgereiften Streikenden', 'Für Fortschaffung von 63 Zugereisten', 'Für Flugblätter und Annoncen', 'Für Porto und Schreibmaterialien', 'Für Streikleitung', 'Für Konferenzen und Deserats', 'Für Straßenbahn und Diverfes', 'Zuschuß zur Wohnungsmiete (Zentral)', 'Zuschuß zur Wohnungsmiete (Lokal)'. Total sum: 353 703,94 Mk.

Für die Streikleitung:
Max Walther, Gg. Binke.
Die Revisoren:
Dito Kägel, Dito Heilemann.

Abrechnung

von der Aussperrung der Buchbinderarbeiter und -arbeiterinnen in Stuttgart (19. Mai bis 11. August 1906).

Einnahme:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Aus Mitteln der Organisation', 'a. aus der Zentralkasse erhalten', 'b. von laufenden Mitgliedsbeiträgen verwendet', 'c. aus der Lokalkasse', 'Auf Listen gesammelt von in Arbeit stehenden Mitgliedern', 'Von anderen Gewerkschaften am Ort für lokale Zwecke', 'Transport'. Total sum: 98 852,54 Mk.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Transport', 'Von der Freien Turnerschaft Stuttgarts als Ueberchuß einer Unterhaltung', 'Von anderen Partei-, Gewerkschafts- und Gesangsvereinen', 'Vom Fabrikarbeiterverband (juristisch erstattete Unterstützung für zwei Mitglieder desselben)'. Total sum: 100 273,75 Mk.

Ausgabe:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Streikunterstützung: an 237 verh. Gehilfen f. 1884 Tage', 'Zuschuß zur Wohnungsmiete p. 1. Juli an 221 verh. Gehilfen f. 1313 Streikwochen', 'an 139 ledige Gehilfen', 'an 31 Witwen u. 223 Arbeiterinnen', 'An zwei abgereifte Streikende', 'Für Fortschaffung Zugereister', 'Für Rechtschutz: a. Kosten der Gewerbegerichtsverhandlung', 'b. Berufung an das Landgericht', 'c. Gerichts- u. Verteilungskosten', 'd. Polizei- und Gerichtskosten', 'e. Entschädigung der zu Gefängnisstrafen Verurteilten', 'Für Flugblätter und Annoncen', 'Für Porto, Telegramme u. Schreibmaterialien', 'Für Entschädigung der Kommission', 'Delegation zu den Verhandlungen in Leipzig (14. u. 15. Juli u. 27. Juli)', 'Sonstige Ausgaben (Abhaltung von Streikarbeit)'. Total sum: 100 273,75 Mk.

Für die Zahlstelle: Johs. Frey.

Für die Revisoren:
Dito Göbler, Wilhelm Keller, Oskar Rufelwitz, Fr. Lender.

Abrechnung

von der Aussperrung der Buchbinder in Berlin.

Einnahme:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Aus der Zentralkasse erhalten', 'Von laufenden Mitgliedsbeiträgen verwendet', 'Aus der Lokalkasse', 'Auf Listen und Extramarken gesammelt: a. für die Zentralkasse', 'b. für die Lokalkasse', 'Kämmerer Lohnvorschuß retour', 'Transportarbeiter-Verband retour: a. Zentralkasse', 'b. Lokalkasse'. Total sum: 167 245,81 Mk.

Ausgabe:

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes items like 'Streikunterstützung *) an 322 verheiratete Arbeiter (darunter 4246,65 Mk. für 398 Kinder)', 'an 299 ledige Arbeiter', 'an 632 Arbeiterinnen', 'Reiseunterstützung an 13 abgereifte Streikende', 'Für Fortschaffung Zugereister', 'Rechtschutz u. Unterstüzung Inhaftierter', 'Für Flugblätter und Inzerate', 'Für Porto und Schreibmaterial', 'Mietzuschuß (Zentralkasse)', 'do. (Lokalkasse)', 'Sitzungsgelder, Entschädigungen', 'Lohnvorschuß Kämmerer Nachzahlung'. Total sum: 167 245,81 Mk.

Für die Ortsverwaltung:
Ernst Klar, Franz Wytomski, Bevoollmächtigter. Kaffierer.
Die Revisoren:
Karl Kroitar, Max Ramlau, F. Kiebert.

*) dabon trägt die Lokalkasse 38107,20 Mk.

Literarisches.

Kautsk, Karl: „Die soziale Revolution“. I. Sozialreform und soziale Revolution. II. Am Tage nach der sozialen Revolution. Preis 1,50 Mk. Sozialreform und soziale Revolution. 0,40 Mk. Am Tage nach der sozialen Revolution. 0,30 Mk. Agitationsausgaben.
Lassalle, Ferdinand: „Arbeiter-Program“. Ueber den besondern Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes. Mit Vorbemerkungen heraus-

gegeben von Eduard Bernstein. Preis 0,75
Mark. Agitationsausgabe 0,30 Mk.

Beide Schriften hängen miteinander zusammen,
jede einzelne bildet aber ein abgeschlossenes selb-
ständiges Ganzes. Die erste behandelt den Begriff
der sozialen Revolution, ihre Entwicklung und
Wandlung und erörtert die Frage, ob diese Wand-
lungen die Revolution künftig unmöglich und un-
nötig machen oder einen neuen Typus einer sozialen
Revolution vorbereiten. Die zweite untersucht die
Aufgaben, die dem Proletariat am Tage nach der

Revolution zu lösen gestellt sind, deren Schwierig-
keiten und die Hilfsmittel zur Lösung.

Die Reden der Reichstagsabgeordneten zum
Reichshaushaltsetat werden von der Buchhandlung
Vorwärts, Berlin, in einer Broschüre veröffent-
licht, die in den nächsten Tagen erscheinen
wird. Diese Broschüre enthält die Reden der
Genossen Wibel, Singer und David, sowie
des Zentrumsabgeordneten Gröber. Soweit es
zum Verständnis dieser Reden erforderlich ist,
werden auch die der gegnerischen Abgeordneten und

des Reichskanzlers aufgenommen. Die Broschüre
dürfte für jeden der agitatorisch tätigen Genossen
unentbehrlich sein. Bestellungen bittet der Verlag
schon jetzt einzufenden. — Für Agitationszwecke
gibt die Buchhandlung Vorwärts die Reden der Ge-
nossen Wibel, Singer und David auch einzeln her-
aus. Diese Broschüren sind für die Massenagitation
bestimmt und werden zu billigen Preisen an die
Agitationskomitees usw. abgegeben. Bestellungen
sind umgehend zu richten an die Buchhandlung
Vorwärts, Berlin SW. 68, Lindenstr. 69.

ANZEIGEN

Krankheitshalber

verkaufe ich sofort oder später mein
= Spielwaren-Geschäft =
verbunden mit Papier- und Schul-
artikeln in nächster Nähe sämtlicher
Schulen. Gleichzeitig empfehle den wertigen
Kollegen und Genossen bei Ausflügen
nach hier, mein großes Lager in Aufsicht-
arten z. fleißigen Besuch. Georg Schulz,
Torgau, Fischerstr. 21, schrägüb. d. Post.

Kosten- freier

Arbeitsnachweis für Buchbinder

O. Th. Winckler
Leipzig

Seeburgstrasse 47

Papier- und Lederwaren
Buchbindereibedarf

Einrichtungen
für Laden und Werkstatt
zu günstigen Bedingungen

BERLIN!

Sonnabend, den 15. Juni 1907

Dampfer-Partie mit Musik

nach dem an Oberspree und Wald gelegenen
Etablissement „Grand Restaurant Sadowa“
Inh.: Hans Pflug

258] [12,—

In beiden Sälen:

Garten-Konzert : Grosser Sommernachts-Ball

Um 12 Uhr:

Fackel-Polnaise

Von 3 Uhr morgens ab:

Gemütliches Kaffeekochen

Abfahrt des ersten Dampfers abends 8 Uhr, der anderen vier Dampfer um 9 Uhr von der Dampfer-
station R. Tismer, Schillingsbrücke. Rückfahrt morgens 5 Uhr.

Billets à 75 Pf. für Hin- und Rückfahrt einschl. des Sommernachtsballes sind in den Zahlstellen,
bei den Werkstuben-Vertrauenspersonen, sowie in unserem Bureau zu haben.
Die zum Vertrieb entnommenen Billets sind spätestens Mittwoch, den 12. Juni, abzurechnen,
andernfalls gelten dieselben als verkauft.

Um zahlreiche Beteiligung ersucht

Die Ortsverwaltung.

257] Unserem lieben Kollegen [1,—
Fr. Weise nebst **Brant**
zur Vermählung die herzlichsten
Glückwünsche. Zahlstelle Plauen.

Den **Köln**er Kollegen für zahlreichen
Pflingstbesuch sagen **besten Dank** die
Sommer Kollegen: **Gamel, Eder,**
Süß, Liebe u. Frau. 256] [1,—

Diejenigen Kollegen, welche den Auf-
enthalt oder die Adresse des **Etuisarbeiters**
Wag Rubisch aus Eisenberg
kennen, wollen diese umgehend an die
Ortsverwaltung **Eisenberg** melden.

Winkel, Zmeale, Schienen,
Zirkel, Messer, Scheren etc.
empfehlen **F. Meent, Leipzig.** [1,50

Berlin.

Die Wahl der Delegierten zum 10. Verbandstag in Nürnberg

erfolgt am **Sonnabend, den 1. Juni 1907**, beginnend um **5 Uhr nachmittags**
und endend um **10 Uhr abends**, in folgenden Lokalen:

- Im Norden bei **Julius Sachs, Lindowerstr. 26.**
- „ Nordosten bei **H. Feind, Weinstr. 11.**
- „ Südosten im **Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1.**
- „ Südwesten bei **E. F. Schmidt, Lindenstr. 3, 2. Hof.**

Die Kandidatenlisten werden vor den Wahllokalen verteilt. Die Wahl
erfolgt nur gegen Vorzeigung des **Mitgliedsbuches!** Wahlberechtigt und
wählbar ist jedes Mitglied, welches nicht länger als acht Wochen mit seinen
Beiträgen im Rückstand ist.

Die Zahlstellen **Schulze, Blumenstr. 38, Schünemann, Ede Stein-** und
Gormannstraße und **Bieme, Barnimstr. 13**, sind an diesem Abend geschlossen.
Beiträge werden in den Wahllokalen entgegengenommen. Restbeiträge von acht
und mehr Wochen werden nur auf dem Bureau, Engelufer 15II, Zimmer 21,
entgegengenommen.

Die **Zahlstelle Nitz, Hagelsbergerstr. 2**, ist nach der Restauration des
Kollegen **Fritz Schöfeling, Fürbringerstr. 26**, verlegt und werden dortselbst zu
jeder Zeit Beiträge entgegengenommen.

Die Ortsverwaltung.

LEIPZIG.

Sonnabend, den 1. Juni, abends 6 Uhr

Versammlung der Verbandsmitglieder im Pantheon.

Tagesordnung:

1. Stellungnahme zu den Anträgen zum Verbandstag.
2. Wahl der Delegierten.
3. Gewerkschaftliches.

Die Wahl der Delegierten beginnt 1/7 Uhr und endet um 10 Uhr. Als
Legitimation werden Karten ausgegeben, die bei den Vertrauensleuten oder im
Bureau entnommen werden können. Mitglieder, die nicht im Besitz einer Legi-
timationkarte sind, sind von der Wahl ausgeschlossen.

252] [5,—

Der Bevollmächtigte.

Witwen-Unterstützungskasse für Buchbinder usw., Leipzig.

Die diesjährige **ordentliche Generalversammlung** findet
Montag, den 27. Mai, abends 8 Uhr, im Restaurant **Weißmann, Gute**
Quelle, Täubchentweg, statt.

Tagesordnung:

1. Geschäftsbericht. 2. Mitgliedschaftsbericht. 3. Neu- resp. Ergänzungswahl
des Vorstandes. 4. Konzertangelegenheit. 255] 2,—

Die Mitglieder werden gebeten, die Versammlung zahlreich zu besichtigen.
Der Vorstand. **G. Weißhuber**, z. B. Vorsitzender.